

Anhaltende Finanzmarkturbulenzen bedeuten auch für österreichische Finanzintermediäre ein schwieriges Umfeld

Der vorliegende Bericht basiert überwiegend auf Meldedaten zum ersten Halbjahr 2008. Zu diesem Zeitpunkt waren sowohl die Struktur- als auch die Risikoindikatoren der österreichischen Finanzintermediäre noch von einer überaus dynamischen Geschäftsentwicklung der vorangegangenen Jahre geprägt. Durch die Zuspitzung der Finanzmarkturbulenzen kam es zu einer merklichen Verschlechterung des Geschäftsumfelds auf den Finanzmärkten. In diesem Kontext versucht der vorliegende Bericht, ausgehend von den verfügbaren Daten zum Halbjahr 2008 auch künftige Entwicklungsszenarien darzustellen. Für weitergehende Schlussfolgerungen hinsichtlich der Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf den österreichischen Finanzmarkt muss jedoch das Datenmaterial für das zweite Halbjahr 2008 abgewartet werden.

Grundsätzlich stellt sich die Lage der österreichischen Banken als nach wie vor stabil dar. Von den direkten Effekten der Subprime-Krise waren sie vergleichsweise gering betroffen, die indirekten Auswirkungen der Krise, insbesondere ihre Rückwirkungen auf die Volkswirtschaften in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), fallen demgegenüber jedoch wesentlich stärker ins Gewicht.

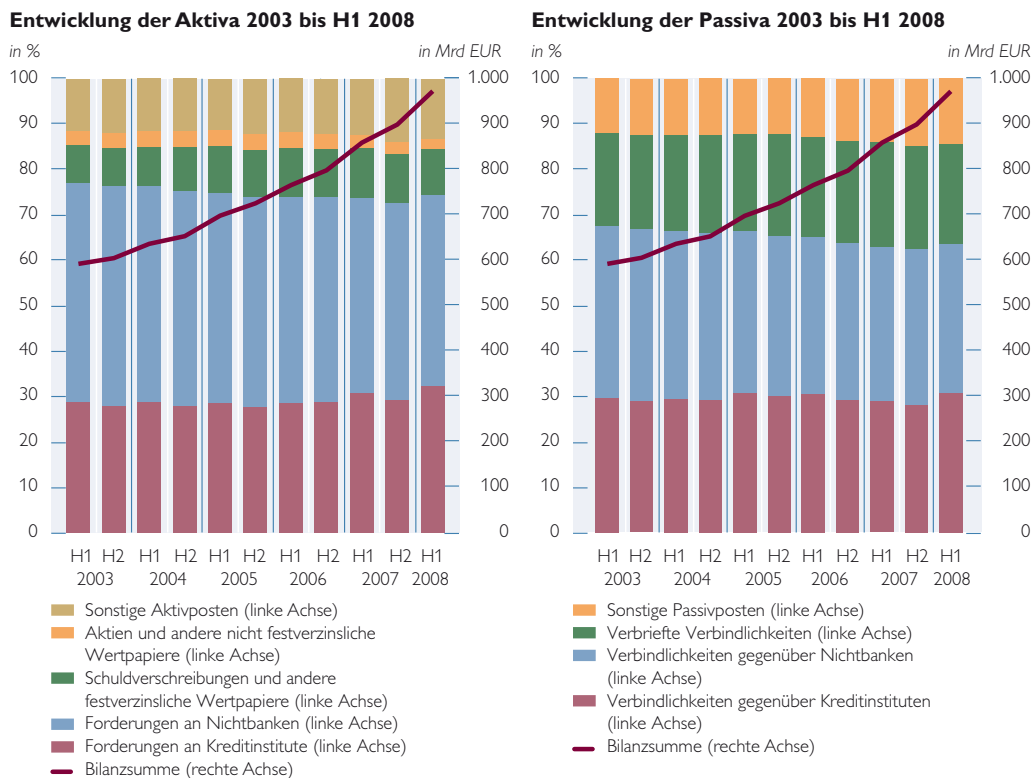
Rückläufige Gewinne, aber österreichische Banken deutlich in der Gewinnzone

Trotz Finanzmarkturbulenzen starkes Bilanzsummenwachstum

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 stieg die unkonsolidierte Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute trotz den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten weiterhin kräftig auf 972,2 Mrd EUR. Im Jahresvergleich entsprach das einem Wachstum von rund 13,1 % und somit dem höchsten Anstieg seit dem Jahr 1985. Wie auch in den Vorperioden wurde der Anstieg vom weiterhin dynamischen Auslandsgeschäft getrieben. Der Anteil der fünf größten Banken¹ stieg gegenüber Ende 2007 leicht an und betrug 43,8 %. Auf Sektorebene wiesen die beiden genossenschaftlich organisierten Sektoren (Volksbanken und Raiffeisenbanken) mit 25,4 % bzw. 20,9 % die höchsten Jahreswachstumsraten aus. Das Wachstum der übrigen Sektoren fiel unterdurchschnittlich aus, wobei Bausparkassen und Sparkassen das geringste Wachstum verzeichneten. Der Aktienbankensektor hatte per Juni 2008 mit knapp 28 % den größten Marktanteil (gemessen an der unkonsolidierten Bilanzsumme), gefolgt vom Raiffeisensektor (25,7 %) und dem Sparkassensektor (16,0 %).

¹ UniCredit Bank Austria AG (BA), Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen (Erste Bank), Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft (RZB), BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG (BAWAG P.S.K.) sowie Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG).

Bilanzstruktur des österreichischen Bankensektors (unkonsolidiert)



Aufgrund des weiterhin expansiven Auslandsgeschäfts der österreichischen Banken stiegen die Auslandsaktiva im Jahresvergleich um 14,6% auf über 390 Mrd EUR. Getrieben wurde das Wachstum vor allem von den Auslandsforderungen gegenüber Kunden, die im Jahresvergleich um 25,2% zulegten. Dadurch ergab sich ein Anstieg des aktivseitigen Auslandsanteils von 39,0% (Ende 2007) auf 40,1% (Mitte 2008). Auf der Passivseite stieg der Auslandsanteil im selben Zeitraum unter anderem durch das Wachstum ausländischer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+18,5% im Jahresvergleich) von 30,4% auf 30,6%.

Im Vergleich zu den Vorperioden war auch das Inlandsgeschäft von wei-

terem Wachstum gekennzeichnet. So stiegen die Forderungen an inländische Kunden im Jahresvergleich um 5,5% auf 296,5 Mrd EUR. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug die Wachstumsrate lediglich 2,4%. Auf der Passivseite kam es unter anderem aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten zu einem starken Wachstum bei den inländischen Einlagen von 10,3% auf nunmehr 266,3 Mrd EUR. Dies war vor allem auf einen dynamischen Anstieg der Termineinlagen² zurückzuführen, die im Jahresvergleich um 49,3% wuchsen, während Sicht- und Spareinlagen nur moderat um 3,1% bzw. 5,0% zulegten. Angesichts sehr volatiler Finanzmärkte bestätigt diese Entwick-

² Unter Termineinlagen versteht man all jene Einlagen von Kunden, für die eine bestimmte Bindungsfrist vereinbart wurde, die jedoch nicht verbrieft sind.

lung das Vertrauen der Einleger in das österreichische Bankensystem. Das starke Wachstum der Termineinlagen dokumentiert dabei ein geändertes Sparverhalten der Österreicher, die vermehrt auf Onlinesparformen und Sparkonten abzielt.

Auch das Wachstum eigener Inlandsemissionen an Nichtbanken war mit 18,0% im Jahresvergleich überdurchschnittlich hoch, wenn auch nicht mehr so dynamisch wie zuletzt. Getrieben wurde dieses Wachstum zu einem Drittel von begebenen Schuldverschreibungen und zu zwei Dritteln von anderen verbrieften Verbindlichkeiten.

Im Zuge der Finanzmarkturbulenzen gingen die besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäfte (Derivatgeschäfte) seit dem dritten Quartal 2007 kontinuierlich zurück und betrugen – gemessen an den zugrunde liegenden Nominalwerten – per Juni 2008 rund 1.929 Mrd EUR. Im Jahresvergleich kam es per Ende des zweiten Quartals 2008 noch zu einem geringen Anstieg von 4,8% (verglichen mit 40,2% im Jahr zuvor). Während der Anteil von Zinnsatzderivaten auf 78,5% zurückging, stieg der Anteil von Wechselkursderivaten leicht auf 20,4% an.

Die konsolidierte Bilanzsumme, die zusätzlich vor allem das Geschäft der österreichischen Tochterbanken in CESEE enthält, stieg per Ende Juni 2008 im Jahresvergleich um 124,3 Mrd EUR bzw. 12,0% auf 1.161,7 Mrd EUR. Der Anteil der fünf größten Banken betrug 63,3%.

Im ersten Halbjahr 2008 kam es im österreichischen Bankstellennetz zu einer geringen Reduktion um 19 auf 5.137 Standorte (874 Hauptanstalten und 4.263 Zweigstellen). Die Mitarbei-

teranzahl (in Kapazitäten) stieg Mitte 2008 im Jahresvergleich um 2,6% auf 68.618. Berücksichtigt man auch die österreichischen Tochterbanken im Ausland, so stieg die Mitarbeiteranzahl um knapp 13,6% auf 214.323.³

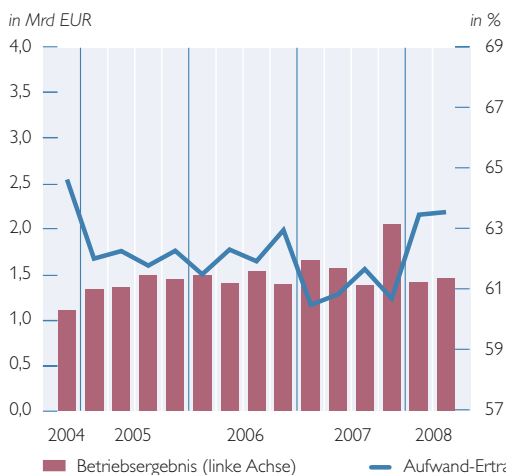
Finanzmarktentwicklungen beeinträchtigen Ertragslage

Im ersten Halbjahr 2008 hinterließen die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten auch in der Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute ihre Spuren, wobei vor allem die größeren Kreditinstitute betroffen waren. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis ging per Juni 2008 gegenüber dem Vergleichszeitpunkt im Vorjahr um 0,4 Mrd EUR bzw. 11,2% auf 2,9 Mrd EUR deutlich zurück. Dies war der erste Rückgang seit dem Jahr 2002. Grund dafür war der Rückgang der Betriebserträge um 0,2 Mrd EUR bzw. 1,8% auf 8,4 Mrd EUR, während die Betriebsaufwendungen um 0,2 Mrd EUR bzw. 4,0% auf 5,5 Mrd EUR stiegen. Als Konsequenz daraus verschlechterte sich die unkonsolidierte Aufwand-Ertrag-Relation im Jahresvergleich um 3,7 Prozentpunkte auf 65,8%, wobei der Wert des Vorjahres aufgrund eines besonders freundlichen makroökonomischen und makrofinanziellen Umfelds auf historisch niedrigem Niveau lag. Am stärksten gingen die Betriebserträge im Aktienbankensektor zurück, während unter anderem die genossenschaftlich organisierten Sektoren (Raiffeisen und Volksbanken) ihre Betriebserträge im Jahresvergleich sogar steigern konnten, wobei der Volksbankensektor insgesamt aufgrund von überdurchschnittlich gestiegenen Betriebsaufwendungen (im Gegensatz

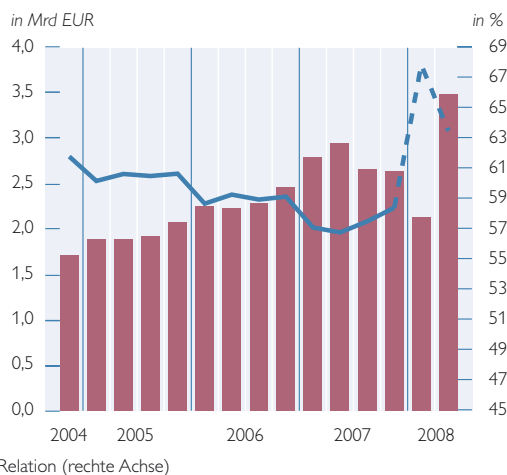
³ Die Entwicklung des gesamten Mitarbeiterstands bezieht sich auf die Meldung pro Kopf und beinhaltet neben organischem Wachstum auch Neuaquisitionen.

Gegenüberstellung von unkonsolidiertem und konsolidiertem Betriebsergebnis

auf unkonsolidierter Basis



auf konsolidierter Basis



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Die Balken stellen das Betriebsergebnis (nicht kumuliert) im jeweiligen Quartal dar. Aufgrund von Umstellungen in der Rechnungslegung ist die konsolidierte Aufwand-Ertrag-Relation ab 2008 nicht mit der Historie vergleichbar.

zum Raiffeisensektor) keine Verbesserung der Aufwand-Ertrag-Relation erreichen konnte.

Der Einfluss der Finanzmarkturbulenzen zeigte sich dabei vor allem in einem Rückgang des Provisionsergebnisses und in einem stark rückläufigen Finanzgeschäft. Das Provisionsgeschäft ging unter dem Eindruck der Zurückhaltung vieler Kunden bei Kapitalmarktprodukten im Jahresvergleich um 0,3 Mrd EUR bzw. 12,0% auf 2,2 Mrd EUR zurück. Der Anteil des Provisionsergebnisses an den Betriebserträgen verringerte sich dadurch um 3 Prozentpunkte auf knapp 25,8%. Angesichts des anhaltend ungünstigen Marktumfelds muss auch weiterhin mit schwierigen Rahmenbedingungen für das Provisionsgeschäft gerechnet werden. Der Saldo aus dem Finanzgeschäft fiel zum Halbjahr 2008 mit -55,2 Mio EUR sogar negativ aus.

Demgegenüber hat sich das Zinsergebnis bislang sehr robust gezeigt. Der Nettozinsenertrag stieg zur Mitte des Jahres 2008 im Jahresvergleich um 11,5% auf knapp 4,0 Mrd EUR. Da die Zinsspanne allerdings seit Mitte des Jahres 2007 fast unverändert auf dem historisch niedrigen Niveau von 0,94% liegt, war die Verbesserung im Zinsgeschäft überwiegend volumensgetrieben. Die konstante Zinsspanne belegt ferner, dass die Banken zumindest im ersten Halbjahr 2008 über weite Strecken im Stande waren, die aufgrund des angespannten Interbankenmarktes gestiegenen Interbankenzinssätze an ihre Kunden weiterzugeben. Für die Banken stellt es daher weiterhin eine Herausforderung dar, die Zinsspanne nicht weiter absinken zu lassen, zumal der Anteil des Nettozinsenertrags⁴ an den gesamten Betriebserträgen wieder anstieg und mittlerweile rund 47,5% beträgt (nach 41,8% im Jahr zuvor).

⁴ Durch das negative Finanzergebnis sind die Anteile der einzelnen Ertragskomponenten an den gesamten Betriebserträgen etwas nach oben verzerrt.

Die Erträge aus Beteiligungen stiegen nach wachstumsstarken Vorquartalen per Juni 2008 im Jahresvergleich um 6,0% auf knapp 1,5 Mrd EUR und damit deutlich moderater als davor. Ihr Anteil an den gesamten Betriebserträgen betrug nach 16,3% im Vorjahr nun 17,5%. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 9,1% auf 0,8 Mrd EUR.

Auf der Aufwandsseite erhöhten sich die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 0,3 Mrd EUR bzw. 6,7% auf 4,8 Mrd EUR, wobei die Personalaufwendungen mit 8,1% deutlich stärker stiegen als die Sachaufwendungen mit 4,5%. Das hohe Wachstum der Personalaufwendungen wird allerdings durch Einmaleffekte im Bereich der Pensionsrückstellungen relativiert. Der Anteil der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen an den Gesamtaufwendungen stieg gegenüber dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres leicht auf 86,3% an. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen mit –15,1% deutlich zurück, aufgrund ihres

geringen Anteils von 8,4% an den gesamten Betriebsaufwendungen hatte die Entwicklung allerdings nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Auslandsgeschäft verhindert größere Gewinnrückgänge⁵

Auch das konsolidierte Betriebsergebnis für das erste Halbjahr 2008,⁶ das unter anderem die Aktivitäten des österreichischen Bankensektors in CESEE beinhaltet, ging gegenüber dem Vorjahr zurück, und zwar um 0,1 Mrd EUR bzw. 2,2% auf 5,6 Mrd EUR. Das Auslandsgeschäft konnte somit einen beträchtlichen Teil des Rückgangs beim Inlandsgeschäft kompensieren. Während die konsolidierten Betriebserträge im Jahresvergleich um 20,7% stiegen, nahmen die Betriebsaufwendungen⁷ um 36,8% zu. Die konsolidierte Aufwand-Ertrag-Relation betrug Ende des zweiten Quartals 66,6%. Das Periodenergebnis nach Steuern und Fremdanteilen ging um 0,2 Mrd EUR bzw. 6,8% auf 3,3 Mrd EUR zurück.

⁵ Mit Beginn 2008 wurden die Bestimmungen nach FINREP im aufsichtsrechtlichen Meldewesen implementiert. Dies hatte zur Folge, dass es im Zeitablauf der konsolidierten Daten zu einem bedeutenden Strukturbruch kam. Historische Vergleiche sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

⁶ Durch die Anwendung unterschiedlicher Rechnungslegungsstandards kommt es in der Aggregation zu Unschärfen.

⁷ Aufgrund der Umstellung in der Rechnungslegung sind die Betriebsaufwendungen nur mehr bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Internationale Finanzmarkturbulenzen und ihre Auswirkungen auf den österreichischen Finanzmarkt

Seit Sommer 2007 werden die internationalen Finanzmärkte von Turbulenzen erschüttert. Anfang September 2008 führte der fortgesetzte Abschwung auf dem Immobilienmarkt in den USA erneut zu Spekulationen unter Finanzmarktteilnehmern, ob die beiden größten im öffentlichen Auftrag tätigen US-Hypothekenfinanzierer, Fannie Mae (Federal National Mortgage Association) und Freddie Mac (Federal Home Loan and Mortgage Corporation), über eine ausreichende Eigenmittelausstattung verfügen. Die hohe Relevanz der beiden US-Hypothekeninstitute für die internationale Finanzmarktstabilität und deren enorme Bedeutung für den US-Hypothekenmarkt veranlasste die US-Regierung, die beiden Institute unter staatliche Aufsicht zu stellen und weitreichende Maßnahmen inklusive Garantieübernahme für ihre Verbindlichkeiten zu ergreifen.

Mitte September 2008 spitzte sich die Lage weiter zu, nachdem die US-Investmentbank Lehman Brothers Gläubigerschutz nach Kapitel 11 des US-Konkursrechts beantragt hatte. Die Insolvenz erhöhte die Unsicherheit auf den internationalen Märkten deutlich, da Lehman Brothers eine bedeutende Rolle auf dem Kreditderivate- und Swapmarkt spielte und das Gegenparteiensisiko schlagend wurde. Zudem wurde die US-Investmentbank Merrill Lynch von der Bank of America übernommen, nachdem die zuletzt hohen Abschreibungen und die erschwerten Refinanzierungsbedingungen auf dem Geldmarkt das Institut unter Druck kommen ließen. Die beiden verbliebenen US-Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley beantragten in weiterer Folge den Status einer Bank-Holding, um vor allem verbesserten Zugang zu den Liquiditätsoperationen der US-Notenbank Fed und zu Spareinlagen zu erlangen.

Für große Verunsicherung sorgten auch Berichte über die Liquiditätsausstattung eines der größten Versicherers der Welt, American International Group (AIG), die sich durch eine Ratingherabstufung verschlechterte. AIG war im Vergleich zu anderen Versicherungen aufgrund ihres stärkeren Engagements auf dem (strukturierten) Kreditmarkt von den Turbulenzen besonders betroffen. Zur Verbesserung der Liquiditätssituation wurde AIG von der US-Notenbank Fed Mitte September 2008 ein Kredit eingeräumt. Das Rettungspaket wurde Anfang Oktober und Anfang November 2008 nochmals überarbeitet und erhöht.

Ende September 2008 kamen auch einzelne Kreditinstitute in Europa unter Druck. Beim belgisch-niederländischen Finanzkonzern Fortis zweifelten Marktteilnehmer die ausreichende Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung des Instituts an. In der Folge wurden von den Regierungen Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs Maßnahmen zur Unterstützung des Instituts ergriffen, wie auch im Fall des belgisch-französischen Bankkonzerns Dexia. Weiters geriet das deutsche Kreditinstitut Hypo Real Estate (HRE) in ernsthafte Refinanzierungsschwierigkeiten, die durch eine Kreditlinie von einer Gruppe von Banken mit Unterstützung der Regierung entschärft wurden.

Bis Mitte September 2008 konnten in Schwierigkeiten geratene Banken ihre Kapital- und Liquiditätsausstattung meist durch den Verkauf von Vermögenswerten oder durch eine Kapitalerhöhung verbessern. Mit dem Fall von Lehman Brothers wurde eine neue Phase der Finanzmarkturbulenzen eingeläutet. Es kam zu deutlich sinkenden Aktienkursen, steigenden Kreditrisikoprämien und zu weiteren Anspannungen auf dem Interbankenmarkt. Gestiegene Befürchtungen über die Kreditwürdigkeit von Gegenparteien und die Unsicherheit über den eigenen Liquiditätsbedarf veranlassten Banken dazu, entweder Liquidität zu horten oder Geld nur sehr kurzfristig bzw. gegen Sicherheiten zu verleihen. Auf dem unbesicherten Geldmarkt war die Liquidität für Laufzeiten über einer Woche sehr knapp bzw. für längere Laufzeiten vollkommen ausgetrocknet.

Diese Entwicklungen veranlasste Zentralbanken und Regierungen, vertrauensbildende Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte zu setzen. Die EZB und andere Zentralbanken stellten dem Interbankenmarkt mehrmals Liquidität zur Verfügung. Zudem wurden Swapvereinbarungen zwischen der US-Notenbank Fed und anderen Zentralbanken, wie der EZB,

erweitert und teilweise neue Fazilitäten eingeführt oder bestehende erhöht. Anfang Oktober 2008 kam es im Rahmen einer konzertierten Aktion der großen Zentralbanken zu einer Zinssenkung. Die US-Regierung stellte ein Programm zur Unterstützung des US-Finanzsektors vor, das im Kern vorsieht, dass Hypothekarkredite für Wohn- und Geschäftsimmobilien sowie hypothekenbesicherte Wertpapiere von US-Kreditinstituten gekauft werden und die Zufuhr von Eigenkapital ermöglicht. Angesichts der Entwicklungen beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Aktionsplan. So wurde die Einlagensicherung erhöht und – durch staatliche Garantien abgesichert – die Zufuhr von Eigenkapital in Banken sowie Garantien für gewisse Verbindlichkeiten von Banken vorgesehen. Zudem wurden Leerverkäufe an einigen Aktienbörsen zumindest vorübergehend verboten. Die Maßnahmen haben zu einer gewissen Beruhigung der Märkte beigetragen.

In diesem Zusammenhang hat auch Österreich ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Schutz der Sparer, zur Stärkung der Banken und zur Vermeidung von Standortnachteilen ausgearbeitet. Österreichs Banken waren von den direkten Auswirkungen der Subprime-Krise in den USA aufgrund ihres Geschäftsmodells als Retailbanken mit einem starken CESEE-Auslandsgeschäft vergleichsweise gering betroffen. Mit dem Übergreifen der Turbulenzen auf Europa bleibt jedoch auch das österreichische Bankensystem von Effekten wie gestiegenen Refinanzierungskosten, rückläufigen Handels- und Provisionsergebnissen und einem generellen Anstieg von Risikoscheu bei Investoren nicht verschont. Letzterer Aspekt ist dabei insbesondere für das CESEE-Engagement der österreichischen Banken relevant, da nach den Problemen von Island zunehmend Länder mit starken externen Ungleichgewichten in CESEE in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sind. Die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA und die OeNB beobachten die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten weiterhin sehr genau und befinden sich in engem Kontakt mit ihren jeweiligen internationalen Partnerbehörden und den österreichischen Kredit- und Versicherungsinstituten.

Kreditwachstum trotz schwierigem Umfeld⁸

Trotz der Vertrauenskrise auf den internationalen Finanzmärkten, die auch die Refinanzierungsbedingungen und die Kreditvergabepolitik der österreichischen Kreditinstitute beeinflusst, war das Kreditwachstum bis zum Halbjahr 2008 stabil. Während die Kreditrichtlinien sowohl im Firmen- als auch im Privatkundengeschäft etwas verschärft wurden, blieb die Kreditnachfrage bei Unternehmen konstant und stieg bei privaten Haushalten sogar leicht an.⁹

Die strengere Kreditvergabepolitik und die gestiegenen Refinanzierungskosten spiegelten sich auch in der Entwicklung der Kundenzinssätze beim Neukreditgeschäft wider. Im Vergleich zum Jahresende 2007 stiegen bis Mitte 2008 sowohl die Zinsen bei Krediten gegenüber privaten Haushalten wie auch gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen leicht an.¹⁰ Bei privaten Haushalten stieg der Jahreszinssatz für Konsumzwecke von 6,56 % auf 7,14 % und für Wohnbauzwecke von 5,27 % auf 5,34 %. Bei Unternehmenskrediten bis 1 Mio EUR gab es eine Erhöhung

⁸ Die Betrachtung der Kreditentwicklung basiert auf dem unkonsolidierten Vermögensausweis der Aufsichtsstatistik.

⁹ Angaben zur Kreditvergabepolitik basieren auf der quartalsweisen (unter Kreditmanagern führender Banken) durchgeführten Umfrage (Bank Lending Survey) im Juli 2008.

¹⁰ Vergleich der durchschnittlich vereinbarten annualisierten Jahreszinssätze zwischen Dezember 2007 und August 2008, wobei lediglich unterjährige Zinskapitalisierungen berücksichtigt wurden, sonstige Kosten jedoch nicht.

von 5,50 % auf 5,61 % und bei Krediten über 1 Mio EUR von 5,09 % auf 5,12 %.

Bis Juni 2008 kam es im Jahresvergleich zu einem stabilen Kreditwachstum bei inländischen Kunden¹¹ von über 6 %, wobei das Wachstum bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen mit rund 8,2 % deutlich höher ausfiel als bei privaten Haushalten (4,3 %). Bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen hatten vor allem der Sparkassen- und Raiffeisenbankensektor sowie die Landes-Hypothekenbanken überdurchschnittliche Wachstumsraten zu verzeichnen, während bei Krediten an private Haushalte der Volksbankensektor und die Bausparkassen stärker zulegen konnten. Das Kreditwachstum bei den Aktienbanken fiel im Gegensatz dazu deutlich geringer aus. Auf Einzelinstitutsebene zeigte sich bei den fünf größten österreichischen Banken ein sehr differenziertes Bild. Aggregiert über alle Banken fiel das Jahreswachstum mit rund 3,1 % allerdings unterdurchschnittlich aus. Der Medianwert über alle Banken für das Jahreswachstum der Forderungen österreichischer Banken gegenüber inländischen Kunden¹¹ betrug 5,4 %.

Auch wenn die turbulenten Finanzmarktentwicklungen nicht ohne Einfluss auf das Kreditwachstum bleiben werden, kann das in Österreich vorherrschende Hausbankenprinzip zwischen Bank und Kunde auch in Zeiten ungünstiger Wirtschaftsentwicklung nachteilige internationale Entwicklungen sicherlich abfedern.

Finanzmarktentwicklungen verdeutlichen Risiken von Fremdwährungskrediten¹²

Der Rückgang bei Ausleihungen in Fremdwährung in den vorangegangenen Perioden wurde im ersten Halbjahr 2008 vorläufig unterbrochen. Grund dafür waren aber nicht etwa verstärkte Neuaufnahmen, sondern zu einem großen Teil der Einfluss von Wechselkursentwicklungen. Die Aufwertung des Schweizer Franken seit Ende 2007 verdeutlicht dabei das Risiko von Fremdwährungskrediten anschaulich.

Nach der Reduktion des Anteils der Forderungen an inländische Kunden in Fremdwährung an den Gesamtforderungen von 17,3 % (Mitte 2007) auf 16,2 % (Ende 2007) ist dieser Anteil zuletzt wieder gestiegen (17,0 % Mitte 2008). Das Volumen an Fremdwährungsausleihung an Kunden (Nichtbanken) betrug Mitte 2008 50,2 Mrd EUR.

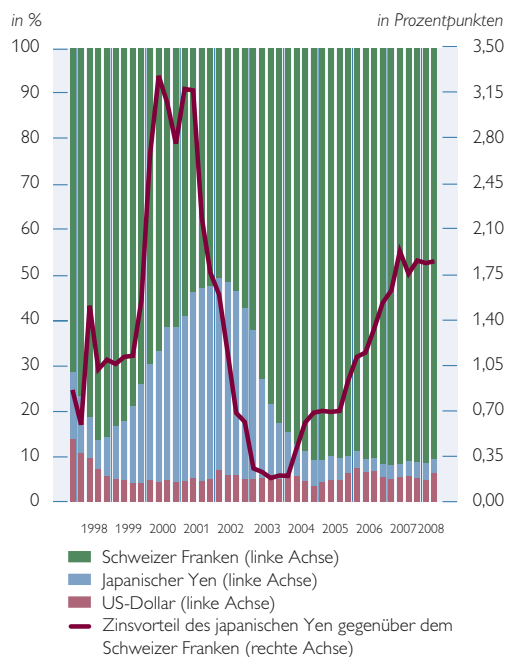
Betrachtet man die volkswirtschaftlichen Sektoren im Einzelnen so zeigte sich, dass der Fremdwährungskreditanteil im Haushaltssektor im Jahresvergleich mit 29,0 % weitestgehend unverändert blieb, während der Anteil bei Ausleihungen von nichtfinanziellen Unternehmen von 8,9 % auf 8,4 % zurückging. Bei der Währungsaufteilung kam es nur zu geringfügigen Verschiebungen. Während der Anteil von Schweizer Franken mit knapp 89 % fast unverändert blieb und somit weiterhin die dominierende Fremdwährung darstellte, stieg der Anteil von Ausleihungen in US-Dollar und japanischen Yen leicht auf 6,1 % bzw. 3,3 %. Die Bedeutung aller sonstigen Fremdwährungen ging auf unter 2 % zurück.

¹¹ Der Begriff „Inländische Kunden“ umfasst hier die volkswirtschaftlichen Sektoren „Nichtfinanzielle Unternehmen“, „Private Haushalte“ und „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

¹² Alle Angaben zu Fremdwährungskrediten beruhen auf dem aufsichtsrechtlichen Meldewesen und weichen leicht von monetärstatistischen Angaben ab. Wechselkurseffekte wurden nicht berücksichtigt.

Grafik 16

Fremdwährungskredite nach Währungen



Quelle: OeNB, Drei-Monats-Interbankenzinssätze laut Bloomberg; inkludierte Währungen: Schweizer Franken, US-Dollar, Yen.

Mit Juni 2008 waren 78,4% aller Fremdwährungsausleihungen des Haushaltssektors und von nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich endfällig vergeben, wovon wiederum 79,0% mit einem Tilgungsträger unterlegt waren. Zudem zeigte sich, dass der Haushaltssektor deutlich mehr endfällige Fremdwährungskredite besaß (nämlich 84,8%, davon 87,6% tilgungsträgerunterlegt) als nichtfinanzielle Unternehmen (57,3%, davon 37,2% tilgungsträgerunterlegt).¹³ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann noch keine seriöse Schätzung über die im Zuge der Finanzmarkturbulenzen eingetretenen Verluste bei Tilgungsträgerfinanzierungen getroffen werden. Diese hängen zum

einen sehr stark vom konkreten Produkt ab, zum anderen ist auch die noch verbleibende Restlaufzeit des Kredits ein wesentlicher Faktor. Je weiter in der Zukunft der Kredit fällig wird, desto länger hat der Tilgungsträger Zeit die vergangenen Verluste wieder aufzuholen. Da die vorliegenden Daten zeigen, dass rund 95% aller Fremdwährungskredite des Haushaltssektors und von nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich per Ende Juni 2008 noch eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren und immerhin noch deutlich über 80% eine Restlaufzeit von mehr als zehn Jahren haben, wird die letztendliche Auswirkung der jüngsten Finanzmarkturbulenzen stark von der mittel- bis langfristigen Performance der zugrunde liegenden Tilgungsträger abhängen.

Angesichts der sehr hohen Volatilität auf den internationalen Kapitalmärkten zeigt sich sehr anschaulich die Problematik von Tilgungsträgerfinanzierungen von Krediten, bei denen der zurückzuzahlende Betrag zusätzlich einem Wechselkursrisiko unterliegt.

Kreditqualität: Beurteilung anhand der Risikovorsorgen weiterhin günstig

Das sich eintrübende konjunkturelle Umfeld spiegelt sich in den verfügbaren Daten¹⁴ bezüglich der von den Banken gebildeten Vorsorgen für das Kreditrisiko bis dato noch nicht wider. So lag die Wertberichtigungsquote¹⁵ auf unkonsolidierter Ebene für das gesamte österreichische Bankensystem Mitte 2008 bei 2,33% und hat gegenüber Mitte 2007 mit einem Rückgang um

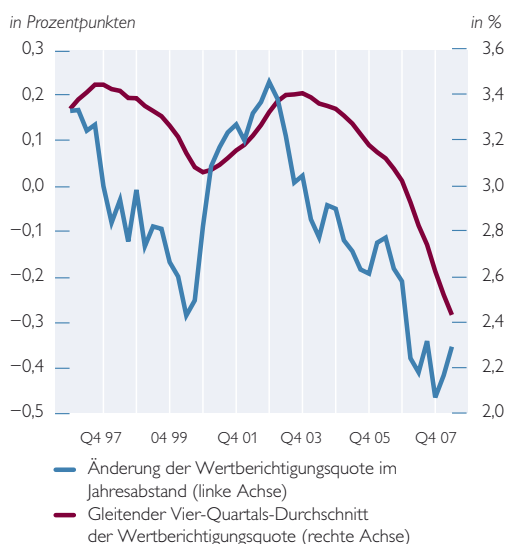
¹³ Bei den Euro-Ausleihungen an den Haushaltssektor und nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich waren per Juni 2008 nur 27,3% endfällig vergeben, davon waren 10,6% mit Tilgungsträgern unterlegt.

¹⁴ Stand: Mitte 2008.

¹⁵ Einzelwertberichtigungen für Forderungen gegenüber Nichtbanken in Relation zu den gesamten ausstehenden Forderungen gegenüber Nichtbanken. Der zugrunde liegende Forderungsbegriff bezieht sich auf Kredite und festverzinsliche, nicht börsengehandelte Wertpapiere.

Grafik 17

Unkonsolidierte Wertberichtigungsquote österreichischer Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

0,35 Prozentpunkte weiterhin stark rückläufige Tendenz gezeigt.

Die zuletzt fast vier Jahre lang anhaltende Beschleunigung im Rückgang der Wertberichtigungsquote ist im Lauf des Jahres 2008 zum Erliegen gekommen (blaue Linie in Grafik 17). Eine Trendumkehr erscheint aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des tiefen Niveaus, das die Wertberichtigungen nunmehr erreicht haben, unumgänglich. In der letzten Abschwungphase zu Beginn dieses Jahrzehnts war eine zeitliche Verzögerung zwischen dem Auftreten der ersten Rückgänge im Wirtschaftswachstum und dem Zeitpunkt, ab dem die Wertberichtigungsquoten wieder zunahm, von etwa eineinhalb Jahren zu beobachten. Aus heutiger Sicht sind das Volumen an zusätzlichen Wertbe-

richtigungen und der Zeitraum, in dem diese Wertberichtigungen zu mobilisieren sein werden, noch ungewiss. Jedenfalls würde eine Anhebung der aktuellen unkonsolidierten Wertberichtigungsquote auf 3% – das entspricht in etwa dem Tiefststand, der am Ende des letzten Konjunkturzyklus erreicht worden war – unter der Annahme eines konstanten Forderungsvolumens zusätzliche Wertberichtigungen in Höhe von 2,8 Mrd EUR notwendig machen, was beinahe dem gesamten unkonsolidierten Betriebsergebnis der österreichischen Kreditinstitute im ersten Halbjahr 2008 gleichkommt.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz einer sinkenden unkonsolidierten Wertberichtigungsquote wird auch von den verfügbaren konsolidierten Daten bestätigt. So ist im Aggregat jener Konzerne, die eine aufsichtliche Meldung gemäß IFRS abgeben,¹⁶ das Verhältnis von Wertberichtigungen zum Gesamtvolumen aus Krediten und Forderungen innerhalb der letzten fünf Jahre relativ kontinuierlich von 3,0% auf 1,9% zur Jahresmitte 2008 gefallen.¹⁷ Sollte sich die rückläufige Tendenz der konsolidierten Wertberichtigungsquote umkehren und der Rückgang der letzten fünf Jahre zur Hälfte wieder aufgeholt werden müssen – dies würde ein Ansteigen der konsolidierten Quote auf 2,4% bedeuten –, so würden sich die zusätzlichen Wertberichtigungen auf 3,9 Mrd EUR belaufen.¹⁸ Dies entspricht fast 90% des konsolidierten Betriebsergebnisses der IFRS-Melder in der ersten Hälfte des Jahres 2008.

¹⁶ Diese Konzerne hatten Mitte 2008 einen Anteil an der konsolidierten Gesamtbilanzsumme des österreichischen Bankensystems von 82%.

¹⁷ Diese Werte sind mit den unkonsolidierten Wertberichtigungsquoten nicht vergleichbar, unter anderem deshalb, weil keine separaten Daten zu Einzelwertberichtigungen für Kredite und Forderungen an Nichtbanken verfügbar sind und sich die konsolidierten Quoten daher auch auf Banken beziehen.

¹⁸ Wiederum unter der Annahme eines konstanten Forderungsvolumens.

Aufsichtliche Vorgehensweise im Rahmen der Säule 2

Die für die Bankenaufsicht zentralen EU-Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (Basel II) umfassen neben den Methoden zur Bestimmung der regulatorischen Mindesteigenmittelanforderungen (Säule 1) und Offenlegungspflichten (Säule 3) auch verstärkte Anforderungen an das Risikomanagement und die integrierte Gesamtbanksteuerung. Diese sogenannte Säule 2, der Bankaufsichtliche Überprüfungsprozess (Supervisory Review Process – SRP), beinhaltet sowohl Bestimmungen, die sich an die beaufsichtigten Unternehmen richten (Einrichtung geeigneter Verfahren und Systeme zur Sicherstellung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung unter Betrachtung aller wesentlichen Risiken), als auch solche, die die Aufsichtsbehörden verpflichten (Überprüfung der Angemessenheit des internen Kapitals und der eingesetzten Verfahren). Die Bankenaufsicht wie auch die Kreditinstitute sind dabei angehalten, sich bei der Ausgestaltung bzw. Überprüfung der Säule 2-Prozesse „an der Art, dem Umfang und der Komplexität der betriebenen Bankgeschäfte zu orientieren“ (Grundsatz der doppelten Proportionalität).

In Österreich wurden die Bestimmungen zur Säule 2 legislativ in den §§ 39 (Allgemeine Sorgfaltspflichten) und 39a BWG (Kreditinstitutseigene Verfahren zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung) sowie § 69 Abs. 2 und 3 BWG (laufende Aufsicht) umgesetzt. Die §§ 69, 70 und 79 Abs. 4a BWG legen hierbei den jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Finanzmarktaufsicht FMA und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) fest. Die konkrete Ausgestaltung der Säule 2 in Österreich basiert auf internationalen Vorgaben. Speziell wurden die Core Principles of Banking Supervision des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision) sowie die CEBS Rahmenempfehlungen zur Säule 2 (Guidelines on the Application of the Supervisory Review Process under Pillar 2) als grundsätzliche Leitlinien herangezogen.

Im Rahmen des bankaufsichtlichen Überprüfungsprozesses haben die nationalen Aufsichtsbehörden auf standardisierter Basis eine Einzelbankbewertung in Bezug auf Maßnahmen, Strategien, Prozesse und Mechanismen durchzuführen. Dabei soll die Aufsicht mit eigenen Systemen eine Gesamtbeurteilung der Risikosituation vornehmen (sogenanntes Risk Assessment System – RAS). Als Instrument steht neben den Vor-Ort-Prüfungen insbesondere die laufende Analyse bzw. Beurteilung der Banken zur Verfügung. Die Einzelbankanalyse der OeNB, die sämtliche österreichische Kreditinstitute umfasst, wurde in Umfang und Intensität im Sinn des Proportionalitätsgrundsatzes zweistufig (Basisanalyse und Detailanalyse) ausgestaltet. Darüber hinaus beinhaltet die laufende Modellaufsicht all jene Maßnahmen, die nach erfolgter Genehmigung hinsichtlich der Anwendung von bewilligungspflichtigen Modellen zu setzen sind.

Die Einhaltung der Säule 2-Anforderungen wird im Rahmen der laufenden Aufsicht unter proportionalen Erwägungen jährlich überprüft. Diese jährliche Evaluierung fokussiert auf ausgewählte Sachverhalte und stützt sich – unter Einbeziehung des Bankprüferberichts zur Ersteinschätzung – auf sämtliche der Aufsicht zur Verfügung stehenden Informationsquellen. Darüber hinaus werden im Rahmen einer Vollevaluierung bzw. bei Vor-Ort-Prüfungen stichprobenartig detaillierte Informationen erhoben. Diesbezüglich wird – erneut basierend auf dem Proportionalitätsgedanken – in Abhängigkeit von der Systemrelevanz des Instituts sowie von der Natur, dem Ausmaß und dem Risikogehalt seiner Geschäfte vorgegangen. Als besonders wichtig wird in diesem Zusammenhang eine intensive Interaktion mit den Banken erachtet (strukturierter Dialog).

Die im Jänner 2008 umgesetzte Aufsichtsreform führte dazu, dass FMA und OeNB im Bereich der Bankenaufsicht ihre Vorgehensweise im Sinn eines gesamtheitlichen Aufsichtsprozesses eng abstimmen. Die Schnittstelle zwischen Einzelbankanalyse und -prüfung (OeNB) einerseits und Behördenfunktion (FMA) andererseits ist explizit definiert. Durch die klare Definition von Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen bei der aufsichtlichen Zusammenarbeit zwischen OeNB und FMA wird auch die Kommunikationsgeschwindigkeit erhöht und eine risikoorientierte Ressourcenallokation sichergestellt.

So wurde zur Gewährleistung der effizienten Adressierung von relevanten Informationen zu Jahresbeginn 2008 das Single Point of Contact (SPOC)-Konzept eingeführt, bei dem jedem Kreditinstitut und jeder Kreditinstitutsgruppe ein nominierter Ansprechpartner sowohl aus der OeNB als auch der FMA zugewiesen wurde.¹ Die effiziente Kommunikation zwischen OeNB und FMA wird zudem durch eine seit Jänner 2008 in Betrieb befindliche gemeinsame Datenbank und ab Ende 2008 auch durch einen institutionenübergreifenden Workflow unterstützt. Wesentliche aufsichtsrelevante Erkenntnisse und erforderliche Behördenakte werden darüber hinaus den Führungskräften beider Institutionen im neu geschaffenen FMA/OeNB-Einzelbankenforum (EBF) vorgelegt. Das EBF hat zum Ziel, eine gemeinsame Sichtweise und optimale Entscheidungsaufbereitung zu fördern und fügt sich nahtlos in das neue, bereits umgesetzte Aufsichtskooperationskonzept ein.

¹ Beide SPOCs agieren in enger Zusammenarbeit, wobei der OeNB-SPOC die Vor-Ort-Prüfungs- und Analyseaspekte abdeckt und der FMA-SPOC alle behördlichen Maßnahmen setzt und überwacht.

Marktrisiko: Direkte Exponierung erscheint begrenzt

Die Eigenmittelerfordernisse für Positionsrisiken¹⁹ zeigten in der ersten Hälfte des Jahres 2008 auf unkonsolidierter Basis rückläufige Tendenz – sowohl in absoluten Zahlen als auch gemessen am Anteil an den gesamten Eigenmittelerfordernissen. So ging dieser Anteil, der als Näherung für die relative Bedeutung der einzelnen Risikokategorien für das österreichische Bankensystem angesehen werden kann, beim Marktrisiko um 0,6 Prozentpunkte auf 3,3 % zurück. Demgegenüber lag der Anteil des Kreditrisikos in Bezug auf die erforderlichen Eigenmittel zur Jahresmitte 2008 bei 90,4 % und beim operationellen Risiko bei 5,2 %. In einer konsolidierten Betrachtung unter Heranziehung der Konzerndaten bleiben diese Relationen zwischen den einzelnen Risikokategorien und die daraus ableitbare niedrige Bedeutung des Marktrisikos beinahe unverändert.

Innerhalb des Marktrisikos war – auf Basis unkonsolidierter Daten – die

nach wie vor bedeutendste Risikokategorie das Zinsrisiko mit einem Eigenmittelerfordernis von 857 Mio EUR zur Jahresmitte 2008, was einem Rückgang im ersten Halbjahr um 226 Mio EUR entspricht. Die Eigenmittelerfordernisse für Aktienpositionen verzeichneten in der ersten Jahreshälfte 2008 einen leichten Zuwachs um 24 Mio EUR auf 205 Mio EUR. Ebenso stiegen die Eigenmittelerfordernisse für Fremdwährungspositionen, und zwar von 74 Mio EUR auf 100 Mio EUR. Diese Zahlen sprechen dafür, dass das in den Handelsaktivitäten österreichischer Banken enthaltene Verlustpotenzial in Bezug auf die gängigen Marktrisiken begrenzt ist. Bei weiterhin konsequenter Anwendung etablierter Risikomanagementmethoden seitens der Institute sollte somit von diesem Bereich keine nennenswerte Gefährdung für die Solidität des österreichischen Bankensystems ausgehen.

Banken sind dem Marktrisiko nicht nur durch ihre Handelsaktivitäten, sondern auch aufgrund des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch ausgesetzt.²⁰ Ein

¹⁹ Es handelt sich dabei um das Risiko von Wertänderungen aufgrund von Aktienpreis- und Zinsschwankungen bei Positionen des Handelsbuchs sowie aufgrund von Wechselkurs- und Warenpreisschwankungen bei Positionen des Handels- und Bankbuchs. Diese Risiken werden üblicherweise auch als Marktrisiken bezeichnet.

²⁰ Für das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch gibt es keine ausdrücklichen regulatorischen Eigenmittelerfordernisse, jedoch müssen Banken eine angemessene Eigenkapitalausstattung sicherstellen, die auch das Zinsrisiko im Bankbuch berücksichtigt.

im Rahmen des aufsichtlichen Meldewesens von den Kreditinstituten berechneter Indikator für das Zinsrisiko im Bankbuch ist der Basler Zinsrisikoquotient.²¹ Dieser Quotient ist auf Ebene des gesamten österreichischen Bankensystems²² in der ersten Jahreshälfte 2008 bei 4,5 % konstant geblieben, womit sich die in den Jahren zuvor zu beobachtende Reduktion nicht mehr fortgesetzt hat. Großbanken liegen in der Regel unter dem Durchschnittswert des Gesamtsystems (zum Teil sogar deutlich), was auf eine aktive Zinsbuchsteuerung mittels Zinsderivaten seitens dieser Institute zurückgeführt werden kann.

Die direkten Marktrisiken stellen somit für das österreichische Bankensystem eine begrenzte Risikoquelle dar. Es bestehen jedoch über unterschiedliche Kanäle Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Marktrisikofaktoren und den Kreditrisiken, denen österreichische Banken ausgesetzt sind. Beispiele dafür sind endfällige Kredite, bei denen die Wertentwicklung der zur Kapitalrückzahlung dienenden Tilgungsträger zum Teil von der Preisentwicklung auf den Aktienmärkten abhängig ist, variabel verzinsten Kredite, bei denen Zinszahlungen von Geldmarktsätzen abhängig sind, oder Fremdwährungskredite, bei denen der Wechselkurs zwischen Denominationswährung und Euro die Höhe von Zins- und Kapitalzahlungen bestimmt.²³

Liquiditätssituation der österreichischen Banken trotz globalen Marktturbulenzen stabil

Die liquiden Forderungen (bis zu drei Monaten Laufzeit) und die liquiden Aktiva (z. B. Euro-Staatsanleihen) der österreichischen Banken machen zum Stichtag 30. Juni 2008 112,8 % der kurzfristigen Passiva (bis zu drei Monaten Laufzeit) aus. Das bedeutet, dass selbst ein unerwarteter negativer Liquiditätsschock (z. B. weitere Verschärfung der Refinanzierungsbedingungen auf dem Euro-Geldmarkt) von den österreichischen Banken absorbiert werden könnte.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auf Basis der Analyse der kumulierten Nettofinanzierungslücke. Dieser wird auf Basis der Meldedaten der Restlaufzeitenstatistik berechnet. In drei Laufzeitbändern (Fälligkeit am nächsten Banktag (O/N); Laufzeit O/N bis ein Monat bzw. bis drei Monate) werden die Nettopositionen zwischen Aktiva und Passiva ermittelt. Auf beiden Seiten der kurzfristigen Bilanz werden sowohl Positionen gegenüber Banken als auch gegenüber Nichtbanken berücksichtigt. Die Nettopositionen werden anschließend über die drei Laufzeitenbänder addiert. Die kumulierte Nettofinanzierungslücke der österreichischen Banken ist negativ, was sich aus der zentralen Funktion des Bankensystems – der Fristentransformation – zwangsläufig ergibt. Vom zweiten Quartal 2007 bis

²¹ Diese Kennzahl wird für alle Kreditinstitute auf unkonsolidierter Basis ermittelt und ist definiert als das Verhältnis zwischen der Barwertänderung des Bankbuchs, die sich bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven aller Währungen um 200 Basispunkte ergibt, und den unkonsolidierten anrechenbaren Eigenmitteln. Die Barwertänderung berücksichtigt nur das mit der Fristentransformation verbundene Risiko einer allgemeinen Bewegung der Zinskurve (Yield Curve Risk). Basisrisiken, die sich auf aktiv- und passivseitig unterschiedliche Zinsentwicklungen – beispielsweise aufgrund verschärfter Refinanzierungsbedingungen – beziehen, sind darin nicht abgebildet.

²² Als Indikator für das Gesamtsystem wird ein bilanzsummengewichteter Durchschnitt aus den Basler Zinsrisikoquotienten der einzelnen Kreditinstitute herangezogen.

²³ Im Fall von Fremdwährungskrediten kommt es zudem meist zu einer Kombination mit den vorgenannten Beispielen (variable Verzinsung mit Tilgungsträgerkonstruktion).

zum Jahresultimo 2007 stieg sie von 11,7% der Bilanzsumme auf 14,4% an. Als Reaktion auf die Verwerfungen auf dem Euro-Geldmarkt haben die österreichischen Banken diesen Wert bis 30. Juni 2008 auf 10,3% reduziert. Aus einer negativen kumulierten Nettofinanzierungslücke ergibt sich ein Liquiditätsrisiko. Zur Risikovorsorge halten die Banken daher liquide Aktiva. Im österreichischen Bankensystem ist die Deckung der kumulierten Nettofinanzierungslücke durch liquide Aktiva gegenüber dem Jahresultimo 2007 auf 164% deutlich angestiegen. Damit haben die Banken ihr Liquiditätsrisiko nach einem Anstieg zum Jahresultimo 2007 wieder auf das Niveau vor der Finanzmarktkrise (Vergleichswert im zweiten Quartal 2007 162%) reduziert. Die kumulierte Nettofinanzierungslücke österreichischer Banken gegenüber anderen Banken in Europa beträgt lediglich 3,5% der Bilanzsumme. Seine Deckung durch liquide Aktiva beträgt etwa 484%. Die österreichischen Banken haben also im Zuge der Vertiefung der Finanzmarkturbulenzen versucht, ihr Liquiditätsrisiko zu reduzieren. Die Verschärfung der Situation auf den Geld- und Kapitalmärkten im zweiten Halbjahr 2008 hat diesen Bestrebungen allerdings enge Grenzen gesetzt, da sich die Laufzeiten der Refinanzierung verkürzt und die Kosten erhöht haben.

Die hohe Schockresistenz der österreichischen Banken in Bezug auf Liquiditätsschocks wurde auch im Rahmen des Financial Sector Assessment Program des Internationalen Währungsfonds durch sehr harte Liquiditätsstresstests bestätigt. Sie wird vor allem auf die im internationalen Vergleich sehr solide Finanzierungsstruk-

tur der österreichischen Banken zurückgeführt, in der Kundeneinlagen eine größere Rolle als in anderen Bankensystemen spielen.²⁴ Im Zuge der Finanzmarkturbulenzen hat der österreichische Haushaltssektor seine Anlageentscheidungen weiter adaptiert. Von den Neuveranlagungen im ersten Halbjahr 2008 flossen 72% auf Bankeinlagen. Dadurch wurden die verschärfte Refinanzierungsbedingungen auf dem Euro-Geldmarkt teilweise kompensiert und die Abhängigkeit von volatileren Geldmarktfinanzierungen reduziert.

Aufgrund der gegenwärtigen Situation auf dem Euro-Geldmarkt hat die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) das Monitoring der Marktliquidität deutlich verstärkt und steht diesbezüglich mit den Marktteilnehmern in engem Kontakt. Zu diesem Zweck wurde ein wöchentliches Liquiditätsmonitoring für österreichische Großbanken eingeführt. Dieses belegt zwar einerseits die angespannte Refinanzierungssituation auf den Geld- und Kapitalmärkten und die Erhöhung des Liquiditätsrisikos auch in Österreich, verdeutlicht aber andererseits, dass alle österreichischen Großbanken – mit einer Ausnahme – über Liquiditätsbuffer verfügen, um kurzfristige Nettofinanzierungslücken zu kompensieren. Die Schaffung der Oesterreichischen Clearingbank und die Bereitstellung staatlicher Garantien für Bankemissionen könnten in den nächsten Monaten zu einer Reduktion des Liquiditätsrisikos beitragen.

Harmonisierte Aufsicht von Kartenzahlungssystemen

Die EU-weite Harmonisierung der Aufsichtsaktivitäten schreitet unter anderem auch im Bereich der Kartenzah-

²⁴ Der österreichische Haushaltssektor hält mit Ende des ersten Halbjahres 2008 45,7% seines Finanzvermögens in Form von Bankeinlagen, was international einen sehr hohen Wert darstellt.

lungssysteme weiter voran. Im Jänner 2008 wurde vom EZB-Rat mit dem sogenannten Oversight Framework for Card Payment Schemes²⁵ ein einheitliches Aufsichtsregime mit besonderem Fokus auf die Sicherheit und Effizienz von Kartenzahlungssystemen verabschiedet. Auf dieser Grundlage werden nunmehr sukzessive Systemprüfungen durchgeführt, wobei die im Euroraum grenzüberschreitend operativen Kartenzahlungssysteme²⁶ kooperativ, das heißt von mehreren nationalen Zentralbanken – unter Beteiligung der OeNB – gemeinsam beaufsichtigt werden.

Die in Österreich tätigen Kartenzahlungssysteme sind seit dem Jahr 2004 zu quartalsweisen statistischen Meldung an die Zahlungssystemstatistik der OeNB verpflichtet, wobei seitdem kontinuierliche Steigerungen festzustellen sind. Die größte Bedeutung kommt dabei den Systemen mit Lastschriftfunktion (dominiert von Maestro/POS) zu, über die im ersten Halbjahr 2008 rund 136,6 Millionen Transaktionen abgewickelt wurden. Im Gegensatz dazu waren bei den Wertpapierabwicklungssystemen aufgrund des generellen Marktumfelds Rückgänge zu verzeichnen (im Halbjahresvergleich anzahlmäßig $-15,5\%$ bzw. wertmäßig $-5,7\%$).

Der mit Abstand höchste Transaktionswert wurde allerdings über das Notenbanksystem HOAM.AT²⁷ abgewickelt. Mit 1,6 Millionen Transaktionen im Gesamtwert von 2.360 Mrd EUR kam diesem System auch im ersten Halbjahr 2008 die größte Bedeu-

tung sämtlicher Zahlungssysteme in Österreich zu. Das für die österreichischen Banken gemessen am Transaktionswert wichtigste internationale Zahlungssystem war weiterhin das Großbetragszahlungssystem EURO1 mit abgewickelten Transaktionen im Wert von rund 841,6 Mrd EUR. Gemessen an der Transaktionsanzahl lag ebenso unverändert das Massenzahlungssystem STEP2 mit rund 10,2 Millionen abgewickelten Transaktionen voran.

Hinsichtlich der Systemsicherheit waren im ersten Halbjahr 2008 1 Systemstörung²⁸ bei HOAM.AT sowie insgesamt 35 Systemstörungen bei kleineren Infrastrukturbetreibern für Kleinbetragszahlungssysteme zu verzeichnen. Sämtliche Systemstörungen blieben ohne Folgewirkung für den österreichischen Finanzplatz.

Exposure und Unsicherheit in CESEE steigen

Die Expansion der österreichischen Banken in CESEE war zu Beginn der Finanzmarkturbulenzen Mitte 2007 ein wesentlicher Grund für die zunächst geringe direkte Betroffenheit des österreichischen Bankensystems. Zwar stiegen bereits ab Juli 2007 die Fünf-Jahres-Senior-CDS-Spreads – ein Maß für das Investorenvertrauen – auch für die Länder der Region zum Teil deutlich an (siehe Grafik 18). Dies wurde jedoch bis zum Sommer 2008 eher im Kontext einer weltweiten Risikoneubepreisung gesehen. Zudem wurden die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise in CESEE als

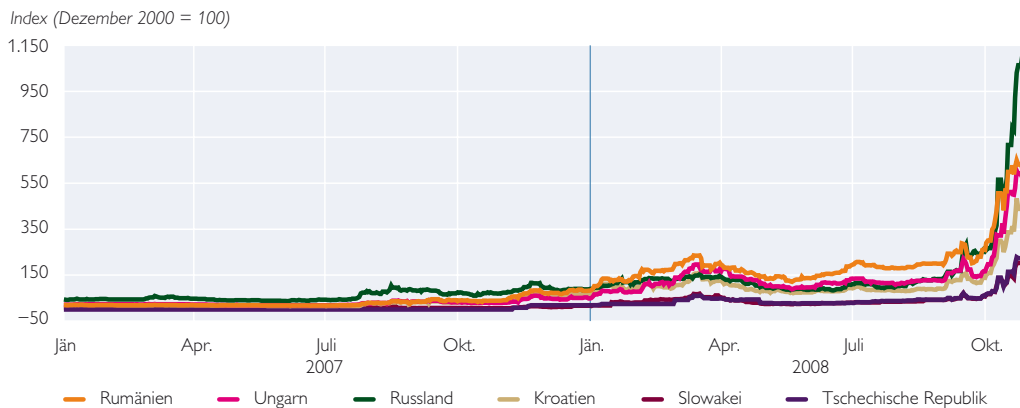
²⁵ Siehe dazu <http://www.ecb.int/pub/pdf/other/oversightfcardpayments200801en.pdf>.

²⁶ Dies betrifft derzeit MasterCard, VISA, American Express und Diners Club.

²⁷ Das Home Accounting Module Austria (HOAM.AT) ist ein von der OeNB für Teilnehmerechtigte zur Verfügung gestelltes Echtzeit-Bruttozahlungssystem für die Abwicklung von Euro-Zahlungen.

²⁸ Systemstörung ist definiert als jeder 30 Minuten übersteigende durch das Zahlungssystem bedingte Stillstand während der Betriebszeiten oder jeder störungsbedingte Stillstand innerhalb eines Zeitraums von 30 Minuten vor Buchungsende des Systems.

Fünf-Jahres-Senior-CDS-Spreads ausgewählter Länder in CESEE



Chance auf ein Soft Landing von Überhitzung bedrohter Volkswirtschaften interpretiert.

Als im dritten Quartal 2008 die Finanzmarkturbulenzen weitere Kreise zogen und insbesondere auch Europa verstärkt erreichten, rückte auch die Risikoposition einiger Länder in CESEE verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses. Die Konjunkturaussichten für ganz Europa mussten revidiert werden, und auch der Ausblick für die Länder in CESEE trübte sich ein. Die schweren Verwerfungen in der isländischen Wirtschaft waren zudem ein Zeichen, dass volkswirtschaftliche Ungleichgewichte größeren Ausmaßes unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten relativ abrupt korrigiert werden können. Entsprechend stiegen die Unsicherheiten in jenen Ländern der Region, die besonders stark von Außenfinanzierung abhängig sind. Auch die politischen Ereignisse in Teilen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) trugen zu einer Änderung der Investorenstimmung bei. Entsprechend erreichten Fünf-Jahres-Senior-CDS-Spreads Mitte

November 2008 bislang ungekannte Niveaus.

Die jüngste Änderung der Rahmenbedingungen in CESEE spiegelt sich noch nicht in den letzten verfügbaren Meldedaten zum Halbjahr 2008 wider, die dem folgenden Abschnitt zugrunde liegen. Sie sind jedoch für die in der Region tätigen Banken von großer Bedeutung, da Österreichs Großbanken ebendort bereits einen Großteil ihrer Gewinne erzielen. Die der OeNB gemeldeten Segmentberichterstattungsdaten zeigen einen konsolidierten Halbjahresgewinn vor Steuern der österreichischen Großbanken von 3,3 Mrd EUR im CESEE-Segment. Vergleicht man diese Zahl mit jener für das Segment Österreich (1,0 Mrd EUR) und jener für die restliche Welt (-0,3 Mrd EUR), so zeigt sich die große Bedeutung des Geschäfts in CESEE.

Die gemeldeten Daten zeigen darüber hinaus ein unverändert starkes Bilanzwachstum im ersten Halbjahr 2008 von rund 20% auf 330,8 Mrd EUR in der Region.²⁹ Die aggregierte Bilanzsumme des CESEE-Segments hatte somit Ende Juni 2008 einen An-

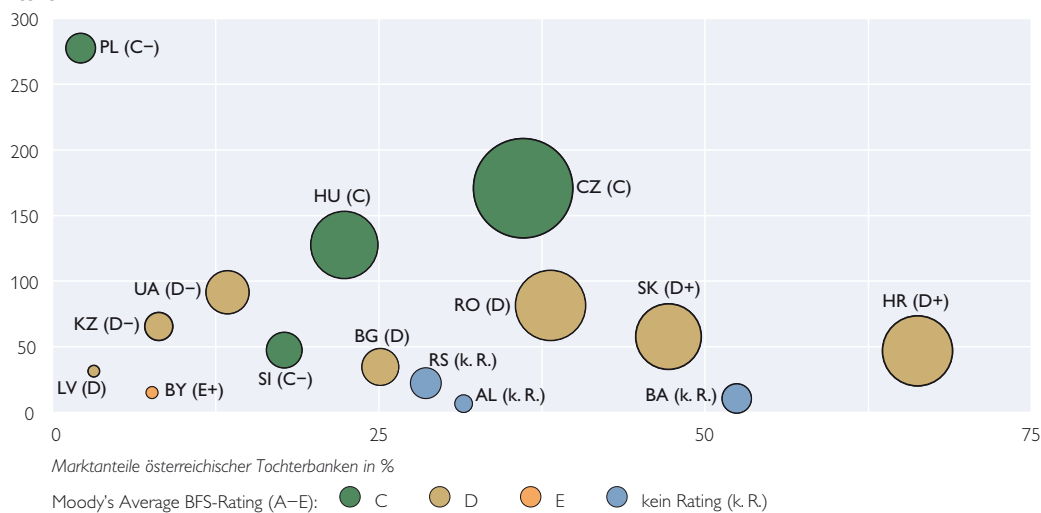
²⁹ Dieses Bilanzwachstum wurde im ersten Halbjahr 2008 durch keine nennenswerten Umstrukturierungen verzerrt und beruht somit auf dem organischen Wachstum bestehender Tochterbanken sowie auf der Ausweitung des grenzüberschreitenden Direktkreditgeschäfts.

Grafik 19

Marktanteile österreichischer Tochterbanken in CESEE

Stand: 30. Juni 2008

aggregierte nationale Bankbilanzsumme in Mrd EUR



Marktanteile österreichischer Tochterbanken in %

Moody's Average BFS-Rating (A-E): ● C ● D ● E ● kein Rating (k. R.)

Quelle: OeNB, nationale Zentralbanken, Moody's.

Anmerkung: Die einzelnen Länder sind gemäß dem Marktanteil der österreichischen Tochterbanken (x-Achse) und der aggregierten Bilanzsumme des nationalen Bankenmarktes (y-Achse) eingezeichnet. Die Größe des Kreises entspricht dem Gesamtexposure des österreichischen Bankensystems gegenüber dem jeweiligen Land. Die Länder sind gemäß ihrem durchschnittlichen Bank Financial Strength (BFS)-Rating von Moody's eingefärbt.

Russland scheint aufgrund der Größe des Bankenmarktes (625 Mrd EUR per Jahresmitte 2008) nicht in der Grafik auf. Die österreichischen Tochterbanken hielten einen Marktanteil von 3,8 %. Ansonsten werden in der Grafik alle Länder mit einer aggregierten Gesamtbilanzsumme österreichischer Tochterbanken von mindestens 1 Mrd EUR berücksichtigt. Deshalb sind jüngste Akquisitionen in den Ländern der GUS mit Ausnahme Kasachstans sowie Montenegro nicht enthalten.

teil von 28,5 % (25,7 % im vierten Quartal 2007) an der konsolidierten Bilanzsumme aller österreichischen Banken. Aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist anzunehmen, dass sich das Wachstum der letzten Jahre in der Geschäftstätigkeit der österreichischen Banken in CESEE kurz- bzw. mittelfristig nicht im selben Ausmaß fortsetzen wird, auch wenn die langfristige Perspektive nach wie vor positiv ist.

Insgesamt waren per Ende Juni 2008 12 österreichische Banken mit 73 vollkonsolidierten Töchtern in der

CESEE Region aktiv (ohne Berücksichtigung des nicht vollkonsolidierte Joint-Venture der Bank Austria in der Türkei (Yapi ve Kredi Bankasi). Von den 73 Tochterbanken operieren 30 in den NMS-2004³⁰, 7 in den NMS-2007³¹, 23 in den weiteren süd- und osteuropäischen Ländern (SEE³²) und 13 in den Ländern der GUS³³. Einerseits zeigt Grafik 19 in den jeweiligen Ländern die absolute Bedeutung für das österreichische Bankensystem gemessen an der aggregierten unkonsolidierten Bilanzsumme der vor Ort aktiven Tochterbanken sowie anderer-

³⁰ NMS-2004: Lettland (LV), Polen (PL), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Tschechische Republik (CZ) und Ungarn (HU).

³¹ NMS-2007: Bulgarien (BG) und Rumänien (RO).

³² SEE: Albanien (AL), Bosnien und Herzegowina (BA), Kroatien (HR), Montenegro (ME) und Serbien (RS).

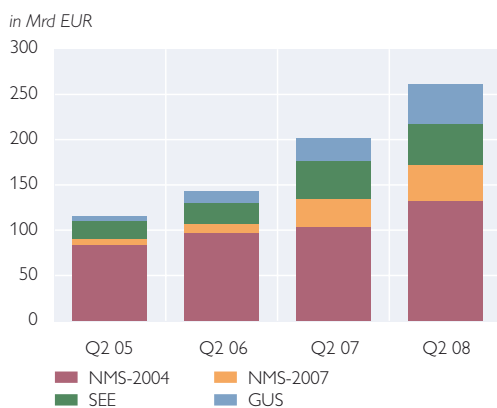
³³ GUS: Kasachstan (KZ), Kirgisistan (KG), Russland (RU), Tadschikistan (TJ), Ukraine (UA) und Weißrussland (BY).

seits die relative Bedeutung auf den lokalen Märkten, gemessen am Marktanteil. Die österreichischen Tochterbanken haben ihre bedeutende Rolle in der Region auch im ersten Halbjahr 2008 beibehalten. Ihr Anteil am gesamten Bankenmarkt in CESEE ging zwischen Ende 2007 (15,3%) und Mitte 2008 (15,2%) nur unwesentlich zurück (bei Ausklammerung Russlands gab es einen Rückgang von 22,7% auf 21,8%).³⁴

Grafik 20

Bilanzsumme der CESEE-Tochterbanken

Stand: 30. Juni 2008



Quelle: OeNB.

Eine Analyse des unkonsolidierten Bilanzsummenwachstums der vollkonsolidierten Tochterbanken in CESEE zeigt, dass auch im ersten Halbjahr 2008 ein nur unwesentlich abgeschwächter Expansionskurs verfolgt wurde (siehe Grafik 20). Auch in schwierigem Umfeld konnten österreichische Banken somit wesentlich zur Kreditversorgung in der Region beitragen. Aufgrund der weiteren Verschärfung der Rahmenbedingungen im zweiten Halbjahr 2008 ist aber zumindest kurzfristig mit geringerem Bilanzsummenwachstum zu rechnen, da jede Kre-

ditausweitung ohne die Aufnahme zusätzlicher Eigenmittel zu einem Rückgang der Eigenmittelquote führt. Bei ebendieser erwarteten Investoren international höhere Werte als Zeichen größerer Risikotragfähigkeit. Auch solide Banken können es zurzeit nicht auf sich nehmen, diese Erwartungen nicht zu erfüllen.

Dies wird sich wohl auch auf die in der Vergangenheit voranschreitende Markterschließung weiter nach (Süd-)Osten auswirken, wo höhere Risiken historisch auch höhere Gewinne mit sich brachten. Die österreichischen Tochterbanken erwirtschafteten in den NMS-2004 mit mehr als der Hälfte der regionalen Bilanzsumme lediglich 41% des regionalen Gesamtergebnisses (rund 1 Mrd EUR). Die anderen Ländergruppen brachten hingegen mit jeweils geringerem eingesetztem Kapital, höhere Renditen. So trugen die NMS-2007 22% (550 Mio EUR, im Vergleich zum Bilanzsummenanteil von 15,2%) zum Gesamtergebnis bei, SEE-Länder 17% (439 Mio EUR, Bilanzsummenanteil 17,4%) und GUS-Länder 20% (519 Mio EUR, Bilanzsummenanteil 16,5%). Die Gewinne entwickelten sich im ersten Halbjahr 2008 gemessen an den Wachstumsraten der Quartalsergebnisse unabhängig von den weltweiten Turbulenzen stabil. Jüngste Entwicklungen seit Ende Juni 2008 sind in den Zahlen jedoch noch nicht reflektiert.

Die indirekte Kreditexponierung österreichischer Banken durch Kredite, die von Tochterbanken in CESEE vergeben wurden, veranschaulicht die anhaltend gute Kreditversorgung der Region durch die österreichischen Bankkonzerne bis zum zweiten Quartal 2008. Mit einem Wachstum von 35,5% im Vergleich zum zweiten

³⁴ Beide Marktanteilszahlen jeweils ohne Türkei.

Quartal des Vorjahres lag das Gesamt-exposure indirekt von österreichischen Tochterbanken in der Region vergebener Kredite bei 166,6 Mrd EUR. Innerhalb der Ländergruppen waren substanzielle Unterschiede zu erkennen. Während der Anteil in den NMS-2004 (48,9%) und den NMS-2007 (15,0%) relativ konstant bleibt, verschob sich ein Anteil von rund 3,5 Prozentpunkten von den SEE-Län-

dern (16,7%) zu den GUS-Ländern (19,4%).

Auch die Direktkreditvergabe österreichischer Mutterbanken nahm im ersten Halbjahr 2008 noch zu. Das Gesamtexposure direkt von österreichischen Banken an Nichtbanken in die Region vergebener Kredite lag bei 64,5 Mrd EUR. Auch hier unterschied sich die Entwicklung in einzelnen Ländern teils deutlich.³⁵ Nichtsdestotrotz

Tabelle 7

Durchschnittsratings zentral-, ost- und südosteuropäischer Bankensysteme sowie ausgewählter Tochterbanken

Stand: 13. November 2008

Land	Bank	LT Deposit-Rating	BFS-Rating	Outlook
Bulgarien		Baa2	D	–
	Raiffeisenbank, Bulgaria	Baa3	D+	Stabil
Kasachstan		Ba1	D–	–
Kroatien		A2	D+	–
	Zagrebacka Banka	Ba1	D+	Stabil
Lettland		Ba1	D	–
Polen		A1	C–	–
Rumänien		A3	D	–
	Banca Comerciala Romana	Baa3	D	Stabil
	Raiffeisen Bank	Baa3	D	Stabil
Russland		A3	D–	–
	ZAO Raiffeisenbank	Baa1	D+	Stabil
Slowakei		A1	D+	–
	Slovenská sporiteľňa	A1	C–	Stabil
	Tatra Banka	A1	C–	Stabil
Slowenien		A1	C–	–
Tschechische Republik		Aa3	C	–
	Česká Spořitelna	A1	C	Stabil
Türkei		A3	D+	–
	Yapi ve Kredi Bankasi	B1	D+	Stabil
Ukraine		Ba1	D–	–
	Raiffeisen Bank Aval	B2	D	Stabil
Ungarn		Aa3	C	–
	Erste Bank Hungary	A3	D+	Stabil
Weißbrussland		Ba1	E+	–

Quelle: Moody's Investors Service.

Anmerkung: LT: Long-term, BFS: Bank Financial Strength.

³⁵ Aufgrund einer Meldeumstellung der Großkreditevidenz mit Beginn 2008, in der unter anderem auch das Direktkreditexposure österreichischer Banken in die Region erfasst wird, ist eine historische Betrachtung des Kreditwachstums nur eingeschränkt möglich.

dominieren nach wie vor die neuen EU-Mitgliedstaaten das Gesamtexposure. 55,8% entfallen auf die NMS-2004 und 13,3% auf die NMS-2007. Nach Südosteuropa vergaben Österreichs Banken 23,2% der Kredite und in Länder der GUS 7,7%.

Neben den internen Analysen bieten auch externe Quellen, wie z. B. Bankratings eine Qualifizierung der Risikoposition der jeweiligen Bankmärkte und der österreichischen Tochterbanken. Während sich in den individuellen Tochterbankratings von Moody's die verschlechterten Rahmenbedingungen (noch) nicht niederschlugen (siehe Tabelle 7), zeichnet sich zumindest auf Ebene der Länderratings eine Wende ab. Bis Anfang 2008 waren Ratingausblicke in der Region durchwegs positiv und die tatsächlich erfolgten Herabstufungen beschränkten sich bis Mitte Oktober 2008 noch auf Länder, die für österreichische Banken von untergeordneter Rolle sind – bei Standard & Poor's betrafen sie im Jahr

2008 Kasachstan und Litauen. Seit Oktober 2008 sprachen die großen Ratingagenturen jedoch zumindest in qualitativen Analysen sowohl auf Einzelbank- als auch auf Länderebene von einem verschlechterten Ausblick. Anfang November wurden dann letztendlich auch die ersten für österreichische Banken relevanten Herabstufungen vollzogen. Moody's senkte die Länderratings von Estland, Lettland und Ungarn, Fitch setzte jene von Bulgarien, Kasachstan und Ungarn um jeweils eine, jenes von Rumänien sogar um zwei Stufen zurück. Die Begründung lag bei jeder der Herabstufungen am Zweifel an der Absorptionsfähigkeit des externen Schocks durch die Finanzkrise angesichts nationaler makroökonomischer Ungleichgewichte. In der Folge kam es auch in allen betroffenen Ländern zu Korrekturen von Einzelbankratings durch Fitch, die vereinzelt auch österreichische Tochterbanken betrafen.

Kasten 4

Banken¹ in CESEE: Großteils stabile Performance im ersten Halbjahr 2008, aber teils weiter steigende wechselkursbedingte Kreditrisiken

Die Ausweitung der inländischen Kredite an private Nichtbanken im Jahresabstand in Prozent des BIP² war Mitte 2008 in Slowenien, Bulgarien und Rumänien besonders hoch. Allerdings lag diese Kreditausweitung nur in Rumänien markant oberhalb des entsprechenden Werts für die Kreditausweitung von Ende 2007, wobei dieser starke Anstieg zu einem erheblichen Teil den Effekt der Währungsabwertung (um 14% gegenüber dem Euro) auf die Höhe der Kreditausweitung (gerechnet in nationaler Währung) widerspiegelt, der aufgrund des hohen Anteils an Fremdwährungskrediten deutlich zu Buche schlägt. Markant unterhalb des Werts von Ende 2007 lag die Kreditausweitung Mitte 2008 in Slowenien (ausgehend von einem sehr hohen Niveau), in Kroatien (wofür kreditdämpfende Maßnahmen der Aufsichtsbehörden ausschlaggebend gewesen sein dürften) und in Ungarn (vermutlich aufgrund der Stagnation der Binnenwirtschaft). Sowohl in Bulgarien (mit starker inländischer Kreditausweitung) als auch in Kroatien (mit geringerer und rückläufiger inländischer Kreditausweitung) wuchsen parallel die grenzüberschreitenden Finanzschulden³ in hohem Ausmaß (Anstieg um 9,2% bzw. 10,9% des BIP), wobei sich die Ausweitung dieser Kredite gegenüber dem Wert Ende 2007 in beiden Ländern leicht beschleunigt hat.

¹ Hier werden Entwicklung und Situation sämtlicher in diesen Ländern ansässiger (im inländischen oder im ausländischen Besitz stehender) Banken dargestellt. Zu den jüngsten volkswirtschaftlichen und finanzsektoralen Entwicklungen in CESEE siehe den Abschnitt zu CESEE auf S. 59 im vorliegenden Heft.

² Summe des BIP der vier Quartale von Mitte 2007 bis Mitte 2008.

³ Bruttoauslandsschulden der privaten Nichtbanken ohne konzerninterne Kredite und Handelskredite.

Inlandskredite an private Nichtbanken

	2005	2006	2007	H1 08	2005	2006	2007	H1 08
	Änderung des Periodenendstands in % des BIP				Reale Änderungsrate des Periodenendstands in %			
Slowenien	11,3	13,9	20,3	18,4	21,5	22,5	26,1	19,3
Slowakische Republik	7,8	7,2	7,8	8,0	23,5	18,5	19,5	17,3
Tschechische Republik	6,4	7,3	10,5	9,6	19,2	20,1	21,7	16,2
Polen	2,5	6,5	9,5	9,7	8,5	22,3	26,2	23,8
Ungarn	8,1	7,9	9,7	8,3	15,1	9,5	10,6	8,4
Bulgarien	10,7	9,3	25,7	25,2	23,4	17,5	45,7	32,6
Rumänien	6,6	9,4	13,8	15,6	33,7	46,4	50,1	50,1
Kroatien	9,5	13,6	9,9	7,2	13,4	20,7	8,7	2,7

Quelle: Eurostat, nationale Zentralbanken, OeNB.

Anmerkung: Die reale Änderungsrate wurde mittels HVPI-Bereinigung errechnet.

Der Fremdwährungsanteil an den ausstehenden inländischen Krediten an Unternehmen und private Haushalte war Mitte 2008 in Kroatien (einschließlich der an Fremdwährung indexierten Kredite), Ungarn, Rumänien und Bulgarien am höchsten. Gegenüber Ende 2007 ist dieser Anteil in Kroatien aufgrund von Maßnahmen der Aufsichtsbehörden weiter zurückgegangen und auch in der Slowakei und der Tschechischen Republik von einem relativ niedrigen Niveau aus gesunken. Demgegenüber ist er vor allem in Bulgarien aufgrund der Fremdwährungskredite an Haushalte weiter deutlich gestiegen.

Inlandskredite in Fremdwährung an private Nichtbanken

	2003	2004	2005	2006	2007	H1 08
	Periodenendstand, in % der gesamten Inlandskredite an private Nichtbanken					
Slowenien	27,1	43,1	55,7	63,4	7,3	7,6
Slowakische Republik	18,8	21,5	22,5	20,0	21,2	19,4
Tschechische Republik	12,8	11,2	10,0	10,4	9,1	8,4
Polen	30,6	25,3	25,9	27,0	24,2	24,8
Ungarn	45,9	49,6	57,2	57,1
Bulgarien	43,6	48,2	47,3	45,1	50,0	53,7
Rumänien	55,4	60,8	54,7	47,4	54,3	55,1
Kroatien	76,6	77,0	77,8	71,7	61,4	60,9

Quelle: Nationale Zentralbanken, OeNB.

Bei den ausstehenden Krediten an private Haushalte war der Fremdwährungsanteil Mitte 2008 in Kroatien, Ungarn und Rumänien besonders hoch. Insbesondere in Bulgarien sowie auch in der Slowakei und der Tschechischen Republik ist der Fremdwährungsanteil bei Haushaltskrediten deutlich niedriger als bei Unternehmenskrediten, wobei er jedoch in Bulgarien zuletzt stark zunahm. Von einem bereits hohen Niveau aus erfolgte ein weiterer Anstieg des Fremdwährungsanteils in Ungarn und Rumänien, was auch auf die relativ hohe Zinsdifferenz zu Krediten in nationaler Währung zurückzuführen sein dürfte. Deutliche Anstiege gab es zuletzt allerdings auch in Slowenien (in Schweizer Franken) und in Polen (überwiegend in Schweizer Franken), während in Kroatien den Aufsichtsbehörden ein weiterer Rückgang gelang.

Inlandskredite in Fremdwährung an private Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	H1 08
<i>Periodenendstand, in % der gesamten Inlandskredite an private Haushalte</i>						
Slowenien	1,0	22,5	37,4	41,7	15,2	17,5
Slowakische Republik	n.a.	0,6	1,1	1,7	3,0	2,6
Tschechische Republik	0,5	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1
Polen	..	27,2	28,4	30,9	27,9	29,8
Ungarn	n.a.	..	29,2	42,7	55,1	58,9
Bulgarien	8,9	11,0	15,4	19,0	20,0	24,0
Rumänien	29,3	45,9	44,1	41,2	53,1	56,2
Kroatien	81,2	79,4	80,0	77,7	67,3	65,7

Quelle: Nationale Zentralbanken, OeNB.

Ein hoher Fremdwährungsanteil stellt einen Risikofaktor für die Finanzmarktstabilität dar, da sich eine ungünstige Entwicklung des Wechselkurses und/oder ein Ansteigen des ausländischen Zinsniveaus negativ auf die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer auswirken kann, zumal vor allem der Haushaltssektor und KMUs nicht über ausreichende Absicherung gegen diese Risiken verfügen dürften.

Die Rentabilität der Banken in CESEE war im ersten Halbjahr 2008 gemessen an der Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) nach Steuern in Rumänien und in der Tschechischen Republik deutlich höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode, während die Banken in Ungarn und in geringerem Maß in der Slowakei Rentabilitatsruckgange zu verzeichnen hatten, was in Ungarn durch die aufgrund der Fiskalkonsolidierung schwache Inlandsnachfrage erklärt werden kann.

Nominelle Eigenkapitalrendite

	2003	2004	2005	2006	2007	H1 07	H1 08
<i>in %</i>							
Slowenien	11,9	12,7	12,7	15,1	16,3
Slowakische Republik	10,5	12,3	13,4	17,6	15,0	16,6	15,5
Tschechische Republik	17,8	18,1	18,4	17,1	19,2	18,7	19,9
Polen	5,5	17,4	24,0	21,6	24,0	26,5	26,8
Ungarn	17,1	22,3	21,7	21,4	16,5	21,2	16,2
Bulgarien	14,8	16,6	18,0	19,7	21,5	20,6	21,6
Rumänien	17,7	17,7	15,1	11,6	10,5	12,5	15,6
Kroatien	14,5	16,1	15,6	12,4	10,9	11,9	12,1

Quelle: Nationale Zentralbanken, OeNB.

Anmerkung: Auf Basis Nachsteuergewinn. Daten zwischen den Ländern nicht vergleichbar.

Die Kapitaladaquanzquote ist bis Mitte 2008 im Jahresabstand in Rumänien besonders markant gesunken, was vermutlich auch das hohe Wachstumstempo der Kredite an Unternehmen und den Haushaltssektor widerspiegelt. Diese Verhältniszahl verschlechterte sich aber auch in der Slowakei und in Polen, während sie sich in Ungarn und der Tschechischen Republik verbesserte.

Kapitaladäquanz (Eigenkapital in % der risikogewichteten Aktiva)

	2003	2004	2005	2006	2007	H1 07	H1 08
	in %						
Slowenien	11,5	11,8	10,6	11,1	11,2
Slowakische Republik	21,7	19,0	14,8	13,0	12,8	13,5	12,0
Tschechische Republik	14,4	12,5	11,9	11,5	11,5	11,8	12,4
Polen	13,8	15,4	14,5	13,2	12,1	12,4	10,9
Ungarn	12,3	12,8	12,0	11,5	11,6	11,6	12,6
Bulgarien	22,2	16,6	15,3	14,5	13,8	14,4	14,5
Rumänien	21,1	20,6	21,1	18,1	13,8	15,0	12,8
Kroatien	16,2	15,3	13,4	14,0	15,4	15,0	15,2

Quelle: Nationale Zentralbanken, OeNB.

Anmerkung: Daten zwischen den Ländern nicht vergleichbar.

Der Anteil der notleidenden Forderungen an sämtlichen Krediten wurde in den meisten Ländern für Mitte 2008 mit einer Höhe von 2% bis 3% angegeben. Nur Polen und Rumänien wiesen auf Basis ihrer Klassifizierungsregeln deutlich höhere Anteile aus. Gegenüber Mitte 2007 ist dieser Anteil jedoch in Polen stark zurückgegangen, während in Rumänien ein markanter Anstieg erfolgte. Bemerkenswerterweise gab es in Ungarn trotz dem stagnierenden wirtschaftlichen Umfeld keinen Anteilsanstieg. Angemerkt sei, dass in Ländern mit starkem Kreditwachstum generell das Risiko besteht, dass diese Anteile ein zu positives Bild der Portfolioqualität widerspiegeln.

Notleidende Forderungen (in % aller Forderungen)

	2003	2004	2005	2006	2007	H1 07	H1 08
	in %						
Slowenien	6,5	5,5	4,8	4,2	3,2
Slowakische Republik	9,1	7,0	3,7	3,3	2,8	3,1	2,9
Tschechische Republik	4,8	4,0	3,9	3,7	2,8	3,1	2,8
Polen ¹	21,2	14,7	11,0	7,3	5,2	6,3	4,8
Ungarn	2,7	2,7	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5
Bulgarien	4,2	3,6	2,8	2,2	2,0	2,2	2,5
Rumänien	8,3	8,1	8,3	7,9	9,7	7,9	10,3
Kroatien	5,1	4,6	4,0	3,2	3,1	3,3	3,2

Quelle: Nationale Zentralbanken, OeNB.

¹ Die Werte umfassen die notleidenden und die sogenannten irregulären Forderungen.

Anmerkung: Daten zwischen den Ländern nicht vergleichbar.

Finanzmarktkrise erfordert höhere Eigenmittelausstattung

Im Zuge der internationalen Finanzmarktkrise rückt die Eigenmittelausstattung der Banken in besonderem Maß in das Blickfeld der Öffentlichkeit, da sie einen wesentlichen Indikator für

die Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit darstellt. Die Kapitaladäquanz wird dabei anhand der Eigenmittelquote und der Kernkapitalquote³⁶ beurteilt, die die gesamten Eigenmittel bzw. das Kernkapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva setzt.

³⁶ Bezüglich der Definition von Eigenmittel- und Kernkapitalquote siehe die Anmerkung zur Tabelle A23 im Tabellenanhang.

Die aggregierte konsolidierte Eigenmittelquote aller österreichischen Banken lag Ende Juni 2008 bei rund 10,8% (siehe Grafik 21), was einem Rückgang von 1,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres entspricht, aber deutlich über dem regulatorischen Mindestanforderungs von 8% liegt. Dieses wurde im Halbjahr 2008 von keiner österreichischen Bank unterschritten. Insbesondere war im ersten Quartal 2008 kein Anstieg der Eigenmittelquote im Vergleich zum Jahresendwert zu beobachten, wie dies durch die Einbuchung von Gewinnen in früheren Jahren der Fall war. Der Rückgang der Eigenmittelquote im ersten Halbjahr 2008 ist allerdings nicht auf eine verschlechterte Ertragslage 2007, sondern unter anderem auf die neuen Vorschriften für das Eigenmittelerfordernis gemäß Basel II zurückzuführen, die seit Anfang 2008 für alle österreichischen Banken gelten.³⁷ Insbesondere summiert sich das Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko, das mit Basel II eingeführt wurde, auf rund 3,6 Mrd EUR, wodurch die Eigenmittelquote niedriger ausfiel. Weitere Eigenmittelerfordernisse, die durch die Einführung von Basel II neu hinzugekommen sind, haben keinen wesentlichen Einfluss auf die aggregierte Eigenmittelquote. Das Eigenmittelerfordernis für das Marktrisiko bzw. für das Positionsrisiko in Schuldtiteln und Substanzwerten, das schon unter den alten Eigenmittelbestimmungen gegeben war, summiert sich Ende Juni 2008 auf rund 1,8 Mrd EUR und wird wie schon in den Jahren zuvor zu einem großen Teil

durch Tier 3-Kapital abgedeckt. Der Basel II-Umstellungseffekt macht sich auch bei der aggregierten konsolidierten Kernkapitalquote bemerkbar, die sich zwischen Juni 2007 und Juni 2008 von 8,5% auf 7,4% verringerte.

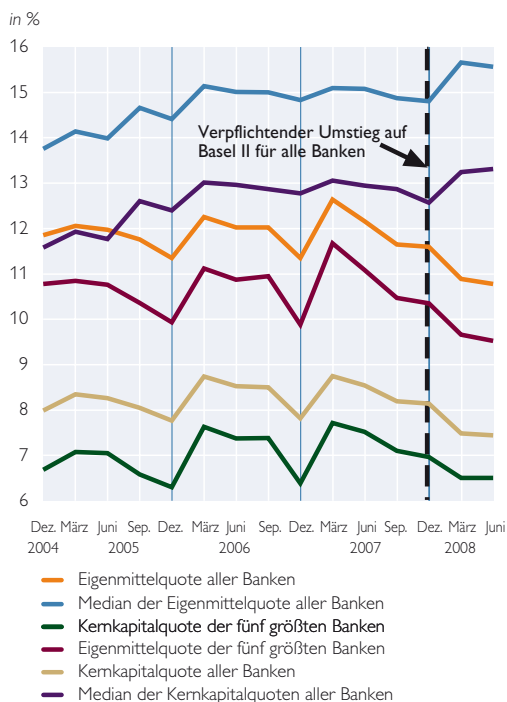
Der durch die Einführung von Basel II bedingte Rückgang der Eigenmittelquote im ersten Halbjahr 2008 macht sich bei den Großbanken noch stärker bemerkbar. Im Jahresvergleich reduzierte sich deren Eigenmittelquote um 1,6 Prozentpunkte und lag Ende Juni 2008 bei 9,5%, die Kernkapitalquote bei 6,5%. Das Kernkapital der fünf größten Banken ist in diesem Zeitraum allerdings um 6,5% gestiegen und summierte sich Ende Juni 2008 auf 28,7 Mrd EUR.

Bei den kleineren österreichischen Banken hatte der Umstieg auf die Basel II-Bestimmungen eher einen positiven Einfluss auf die Kapitaladäquanz. Die Mediane der Eigenmittel- und der Kernkapitalquote stiegen im Jahresvergleich um jeweils etwa einen halben Prozentpunkt auf 15,6% bzw. 13,3% Ende Juni 2008. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko der kleineren Banken unter Basel II zurückgegangen und jenes für das operationelle Risiko nicht in demselben Ausmaß gestiegen ist. Insbesondere dürfte dies darin begründet sein, dass Unternehmenskredite im Basel II-Standardansatz mit einem Risikogewicht von 75% (nicht hypothekarisch besichert) bzw. 35% (hypothekarisch besichert) zu versehen sind, während sie zuvor mit 100% bzw. 50% zu gewichten waren.

³⁷ Während die Banken im Jahr 2007 nach Einführung der neuen Eigenmittelbestimmungen nach Basel II per 1. Jänner 2007 in Österreich die Wahlmöglichkeit gemäß §103e Z16 BWG hatten, bis Ende 2007 ihre Eigenmittel entweder nach den Bestimmungen von Basel I oder nach den Bestimmungen zum Basel II-Standardansatz (§22a BWG) zu berechnen, gilt seit Jahresbeginn 2008 für alle österreichischen Banken einheitlich die Eigenmittelausstattung gemäß Basel II.

Grafik 21

Konsolidierte Eigenmittel- und Kernkapitalquote österreichischer Banken



Wenngleich sich die Eigenmittelausstattung zur Jahresmitte 2008

durchaus noch zufrieden stellend darstellte und Veränderungen in den Eigenmittelquoten primär auf den Basel II-Umstieg zurückzuführen waren, so wurden bedingt durch die Finanzmarkturbulenzen die Markterwartungen an die Eigenmittel hinterlegung im Bankenbereich deutlich nach oben revidiert. Zudem ist zu erwarten, dass die sehr gute Profitabilitätssituation, die in der Vergangenheit die Eigenmittelquoten positiv beeinflusste, ebenfalls nicht mehr im selben Ausmaß wirken kann. Aus diesen Gründen sind insbesondere von Instituten mit im internationalen Vergleich schwächeren Eigenmittelquoten in diesem Zusammenhang vertrauensbildende Maßnahmen für Anleger und Investoren zu erwarten. Das von der österreichischen Bundesregierung im Oktober 2008 beschlossene Maßnahmenpaket (siehe dazu Kasten 5) wirkt dabei sicherlich unterstützend, um im Fall eines Vertrauensverlusts in das österreichische Bankensystem rechtzeitig weitere entsprechende Maßnahmen setzen zu können.

Kasten 5

Gesetzliches Maßnahmenpaket zur Förderung des Interbankenmarktes und der Sicherung der Finanzmarktstabilität

Angesichts der Mitte September 2008 deutlich verschärften Finanzmarktkrise, die neben US-amerikanischen zunehmend auch europäische Institute erfasste, und der Aktionspläne bzw. Abhilfemaßnahmen, die vor diesem Hintergrund auf nationaler, europäischer und globaler Ebene verabschiedet wurden, beschloss auch der österreichische Nationalrat am 20. Oktober 2008 ein im Sinn eines Schutzschirms auf die Stärkung des österreichischen Finanzplatzes abzielendes Maßnahmenpaket. Konkret soll im Bedarfsfall mithilfe einer Reihe von potenziellen Maßnahmen in einem Gesamtvolumen von bis zu 100 Mrd EUR nachteiligen Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf österreichische Finanzunternehmen entsprechend entgegen getreten sowie das Vertrauen von deren Kunden und Gläubigern gestärkt werden. Einige Maßnahmen können zudem als präventive Schutzimpfung eingesetzt werden.

Im Wesentlichen beruhen die Neuregelungen (BGBl. 2008/136) auf zwei neuen Gesetzen – dem sogenannten Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) – sowie einer Änderung des ÖIAG¹-Gesetzes und finanzmarktbezogener Materiengesetze.

¹ ÖIAG: Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft.

Zielsetzung des mit Ende 2009 wieder außer Kraft tretenden IBSG ist es, den derzeit aufgrund des mangelnden Vertrauens zwischen den Kreditinstituten nur sehr bedingt funktionierenden Interbankenmarkt wieder zu reaktivieren. Die in Österreich konzessionierten Kreditinstitute (gegebenenfalls unter Beteiligung der inländischen Versicherungen) können zu diesem Zweck eine eigene Gesellschaft als Clearingstelle einrichten, für die der Bund Haftungen übernehmen kann und die im Wege des Interbankenmarktes Mittel ausleiht bzw. diese sodann wieder an andere Kreditinstitute (und unter Umständen auch Versicherungen) verleiht. Zu ihrer Refinanzierung kann die Clearingstelle unter anderem Wertpapiere emittieren, für die ebenfalls eine Haftungsübernahme des Bundes möglich ist. Darüber hinaus ist zur Erleichterung vor allem der mittelfristigen Finanzierung vorgesehen, dass für Wertpapieremissionen von Kreditinstituten mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren eine Bundeshaftung vereinbart werden kann. Insgesamt ist für Maßnahmen nach diesem Bundesgesetz ein Gesamtbetrag von bis zu 75 Mrd EUR angesetzt.

Das FinStaG ermöglicht es dem Bundesminister für Finanzen, zum Zweck der Rekapitalisierung (im weiteren Sinn) von Kreditinstituten und inländischen Versicherungsunternehmen eine Reihe von Instrumenten bis zu einem – bei Nichtausnützung des Rahmens von 75 Mrd EUR gemäß IBSG gegebenenfalls auch erhöhbar – Gesamtbetrag von 15 Mrd EUR einzusetzen (teilweise unter Herstellung eines Einvernehmens mit dem Bundeskanzler):

- Übernahme von Haftungen für Verbindlichkeiten eines Rechtsträgers oder gegenüber einem Rechtsträger
- Gewährung von Darlehen
- Zuführung von Eigenmitteln an Kreditinstitute
- Erwerb von Gesellschaftsanteilen/Wandelanleihen im Zusammenhang mit Kapitalerhöhungen oder durch Rechtsgeschäft
- Übernahme des Gesellschaftsvermögens

Wenn mit diesen Instrumenten nicht das Auslangen gefunden werden kann oder sie nicht bzw. nicht rechtzeitig eingesetzt werden können, besteht zudem unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, dass der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler mittels Verordnungsermächtigung temporär die Eigentumsrechte an einem Institut – gegen angemessene Entschädigung der Anteilseigner – übernimmt. In diesem Zusammenhang kann sich der Bund auch der ÖIAG bzw. eines von ihr zu gründenden Tochterunternehmens bedienen. Seitens der FMA bestehen Informationspflichten an den Bundesminister für Finanzen hinsichtlich des Vorliegens von Umständen, aus denen ein Handlungsbedarf nach diesem Gesetz resultieren kann.

Auf Basis einer gesetzlichen Ermächtigung hat der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler im Verordnungsweg generelle Auflagen und Bedingungen festgelegt, die bei der Bereitstellung von Maßnahmen nach dem IBSG und dem FinStaG zu berücksichtigen sind. Dabei handelt es sich – neben einem marktkonformen Entgelt – insbesondere um Regelungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der geschäftspolitischen Ausrichtung, der Mittelverwendung, der Vergütungssysteme, der Eigenmittelausstattung, der Gewinnausschüttung, der Erhaltung von Arbeitsplätzen, der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und der Festlegung von Informationspflichten.

Analog zu anderen EU-Mitgliedstaaten wurde darüber hinaus als vertrauensbildende Maßnahme für die Bevölkerung die Einlagensicherung erhöht. An die Stelle eines gesicherten Höchstbetrags von 20.000 EUR trat rückwirkend per 1. Oktober 2008 eine vorübergehende unbegrenzte Garantie für die Einlagen natürlicher Personen; ab dem Jahr 2010 wird ein Betrag von 100.000 EUR gesichert sein. Für juristische Personen sind die Einlagen grundsätzlich unverändert mit einem Betrag von bis zu 20.000 EUR und einem Selbstbehalt von 10 % gesichert; für Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, die bestimmte Größenkriterien nicht überschreiten, wurde demgegenüber der Höchstbetrag auf jeweils 50.000 EUR erhöht. Teilweise neu geregelt wurde auch die Finanzierung der Einlagensicherung.

Im Zuge dieses Maßnahmenpakets wurde zudem die FMA ermächtigt, Leerverkäufe (Short Selling) für einen befristeten Zeitraum zu untersagen oder einzuschränken. Weiters wurde der bankaufsichtliche Handlungsspielraum erweitert, zum Zweck der Prävention im Rahmen des sogenannten Aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens (Säule 2 in der Basel II-Konzeption) Eigenmittelzuschläge (Capital Add-On) vorzuschreiben, wenn dies aus Risikogesichtspunkten erforderlich erscheint.

Festzuhalten ist, dass das österreichische Maßnahmenpaket in enger Anlehnung an die am 12. Oktober 2008 verabschiedete und in weiterer Folge vom Europäischen Rat unterstützte Declaration on a Concerted European Action Plan of the Euro Area Countries konzipiert wurde und mit dieser in Einklang steht. Insofern wurde neben dem Stabilitätssicherungsgedanken auch Wettbewerbsgesichtspunkten entsprechend Rechnung getragen.

In der zweiten Novemberhälfte nahm die auf Basis des IBSG errichtete Clearingstelle – die Oesterreichische Clearingbank AG – ihre Geschäftstätigkeit auf. Darüber hinaus haben bereits einige Kreditinstitute ihre Absicht bekundet, kapitalstärkende Maßnahmen nach dem FinStaG in Anspruch nehmen zu wollen. Zur Durchführung von derartigen Maßnahmen sowie der Verwaltung der auf diesem Weg erworbenen Beteiligungen wurde die FIMBAG Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als im Alleineigentum der ÖIAG stehende Gesellschaft gegründet.

Ratings österreichischer Großbanken bleiben vorerst unverändert

Als Ergänzung zum aufsichtlichen Meldewesen können Marktindikatoren wie zum Beispiel Kursentwicklungen und Ratingeinschätzungen zur Beurteilung der Risikosituation herangezogen werden. Neben den langfristigen Deposit Ratings wird vor allem das Rating der Finanzstärke einer Bank (Bank Financial Strength Rating – BFSR) von Moody's betrachtet.

Die jüngsten Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zeigten bis Oktober 2008 keine Auswirkungen auf die Ratingeinstufungen

österreichischer Großbanken durch Moody's (siehe Tabelle 8). Anfang November 2008 führte die Verstaatlichung der Kommunalkredit hingegen zu einer Herabstufung. Während Fitch den Ausblick für die ehemalige ÖVAG-Tochter auf positiv setzte, wurde jener der Mutter jedoch auf negativ gesetzt. Von Moody's wurde darüber hinaus der Ausblick des ohnehin schon „under review“ stehenden langfristigen Deposit-Ratings der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) auf negativ gesetzt. Moody's erklärte, abwarten zu wollen, wie die positiv einkalkulierte Wahrscheinlichkeit von Staatshilfe tatsächlich ausfällt.

Tabelle 8

Ratings ausgewählter österreichischer Banken

Stand: 13. November 2008

	Deposit-Rating		BFSR	
	LT	Outlook		Outlook
Bank Austria	Aa2	Stabil	C+	Stabil
BAWAG P.S.K.	Baa1	Stabil	D	Stabil
Erste Bank	Aa3	Stabil	C	Stabil
HGAA	A2	Negativ	D-	Positiv
ÖVAG	Aa3	Stabil	C	Stabil
RZB	Aa2	Stabil	C	Stabil

Quelle: Moody's Investors Service.

Anmerkung: LT: Long-term, BFSR: Bank Financial Strength Rating.

Die Ratings österreichischer Großbanken durch Standard & Poor's blieben vorerst unverändert; es wurde jedoch der Ausblick für die Erste Bank und die RZB aufgrund ihres CESEE-Geschäfts und des sich in der Region eintrübenden wirtschaftlichen Ausblicks verschlechtert.

Aktienkurse österreichischer Großbanken unter Druck

Die Aktienkurse von Bankwerten waren von einer Phase extremer Volatilität in einem Umfeld unsicherer Märkte gekennzeichnet. Diese Einflüsse schlugen sich auch auf die Aktienkurse der beiden im ATX Prime notierten österreichischen Großbanken (Erste Bank und Raiffeisen International Bank-Holding AG) deutlich negativ aus. Sie kamen, wie Banktitel weltweit, unter anhaltenden Druck. Auf europäischer Ebene abgestimmte und national implementierte Maßnahmenpakete für europäische Banken waren ab Mitte Oktober 2008 in der Lage, den rasanten Abwärtstrend zumindest für jene Banken zu verlangsamen, die das Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung angenommen haben.

Im Durchschnitt verloren der Dow Jones EURO STOXX Bank Index³⁸, die Erste Bank, die Raiffeisen International und der ATX 0,17%, 0,16%, 0,28% bzw. 0,16% pro Tag seit Beginn der Finanzmarktkrise (siehe Grafik 22). In einer ersten Phase, als noch vornehmlich US-Subprime-Kredite und Kreditderivate als Risiko wahrgenommen wurden, verloren europäische Banktitel infolge der Unsicherheit hinsichtlich des tatsächlichen Exposures rund 35% ihres Werts (Dow Jones EURO STOXX Bank Index). Auch die österreichischen Banken wurden von dieser ersten Welle des Vertrauensverlusts erfasst, obwohl deren Subprime-Exposure vergleichsweise gering ist. Die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise wurden zu diesem Zeitpunkt von den Investoren noch nicht vollständig berücksichtigt (ATX Performance). Nach der ersten Kulmination – als Bear Stearns unter Aufsicht der US Federal Reserve an J.P. Morgan notverkauft wurde – kam es von April bis Ende Mai 2008 zu einer kurzen Erholungsphase, in der sowohl die Aktienkurse der beiden im ATX Prime notierten Banken sowie der Index selbst

Grafik 22

Aktienkursentwicklungen österreichischer Banken



³⁸ Der Dow Jones EURO STOXX Bank Index ist ein gewichteter Bankaktienindex. Er inkludiert 39 europäische Banken (unter anderem Erste Bank, Raiffeisen International und UniCredit).

stiegen. Ab Mitte 2008 kamen dann realwirtschaftliche Abschwungängste auf. Als die Finanzkrise im September 2008 in großem Stil auf kontinental-europäische Banken übergriff, beschleunigte sich der Abwärtstrend. Nicht zuletzt die Probleme in Island verschlechterten dann auch den Ausblick für CESEE, ein Markt, auf dem viele im ATX notierte Unternehmen tätig sind. Schließlich traten mit Oktober 2008 weltweit Panikverkäufe auf, die teilweise durch Portfolio-Stopp-Loss-Regeln verstärkt wurden und sowohl in Österreich als auch international zu Rekordverlusten an den Börsen führten.

Ähnlich volatile Verläufe wie auf dem Aktienmarkt können für die Credit Default Swaps (CDS)-Spreads der beiden österreichischen Banken beobachtet werden. Die aktuellen CDS-Spreads (Mitte November 2008) übertreffen das Niveau von März 2008 und liegen bei rund 220 Basispunkten.³⁹ Im europäischen Banksektor sind vergleichbare Trends zu beobachten. Ein weiteres Indiz für die Finanzkrise sind die Entwicklungen der impliziten Volatilitäten von At-the-Money-Call-Optionen der zwei österreichischen Banken. Der kurzfristige Anstieg dieser Werte lässt weitere prononciertere Preisbewegungen der Aktienkurse erwarten.

Auch andere Finanzintermediäre spüren die Verschärfung der Finanzmarkturbulenzen

Aussichten für Versicherungssektor eingetrübt

Der europäische Versicherungssektor entwickelte sich im ersten Halbjahr 2008 insgesamt etwas schwächer, was

vor allem auf das niedrigere Kapitalanlageergebnis, bedingt durch die Finanzmarkturbulenzen, zurückgeführt werden kann. Das versicherungstechnische Geschäft wurde von einem relativ günstigen Schadenverlauf beeinflusst und trug wesentlich zur zufrieden stellenden Entwicklung des Versicherungssektors bei. Das sich eintrübende Bild für die Realwirtschaft und die hohen Kursausschläge bei Aktien trugen jedoch zu einer schwächeren Nachfrage nach insbesondere fondsgebundenen Lebensversicherungsprodukten und einem verlangsamten Wachstum in der Schaden- und Unfallversicherungssparte bei. Die Risikotragfähigkeit des europäischen Versicherungssektors erscheint weiterhin angemessen.

Das Exposure des europäischen Versicherungssektors gegenüber dem US-Subprime-Markt und strukturierten Kreditprodukten ist im Wesentlichen begrenzt und weist meist höchste Ratingeinschätzungen auf. Im Allgemeinen fielen die Abschreibungen im europäischen Versicherungssektor wesentlich geringer aus als für den Bankensektor. Im zweiten Halbjahr 2008 kann jedoch verstärkt damit gerechnet werden, dass Versicherungen, die nach IFRS bilanzieren und Bewertungsverluste bislang im Eigenkapital verbuchten, diese nach sechs bis zwölf Monaten in der Gewinn- und Verlustrechnung ausweisen, was zu einer geringeren Profitabilität führen könnte.⁴⁰ International mussten jedoch im Zuge der Finanzmarkturbulenzen einige Versicherer – meist außerhalb der EU – substantielle Abschreibungen auf ihr strukturiertes Kreditportfolio vornehmen. Besonders betroffen zeigten sich

³⁹ An dieser Stelle muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass CDS-Spreads für die beiden am ATX Prime notierten Großbanken nur eingeschränkte Aussagekraft haben, da es sich um einen dünnen Markt, das heißt Preisbildung bei geringem Volumen handelt. Auch wenn kleinere Spreadänderungen somit vorsichtig zu interpretieren sind, ist eine Tendenz im Jahr 2008 eindeutig feststellbar.

⁴⁰ Moody's-Bericht: *European Insurers' H1 2008 Results*. August 2008.

Tabelle 9

Kennzahlen der österreichischen Versicherungswirtschaft in den Jahren 2006 und 2007

	Reales Wachstum der Prämien		Combined Ratio		Schaden-/Leistungsquote		Kostenquote		Nettoverzinsung		Solvency Ratio
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2007
in %											
Insgesamt	0,03	-0,05	104,4	105,2	69,41	68,40	26,14	27,01	5,68	4,98	261,39
Leben	-0,65	-1,53	x	x	x	x	16,35	15,86	5,35	4,75	163,47
Schaden/Unfall	0,38	0,98	108,8	109,9	68,76	67,64	40,02	42,29	7,27	6,34	439,79
Kranken	1,26	0,97	86,4	85,7	72,09	71,55	14,33	14,10	4,14	3,07	394,15

Quelle: FMA, OeNB-Berechnungen.

Anmerkung: Aufgrund der stark schwankenden Aufwendungen für Versicherungsfälle in der Lebensversicherung, die auch auf externe Faktoren zurückzuführen sind, erscheint eine Betrachtung der Combined Ratio und der Schaden-/Leistungsquote im Lebensversicherungsbereich mit nur zwei Datenpunkten nicht hilfreich. Konsistenterweise ist bei diesen Kennzahlen in der Rubrik „Insgesamt“ nur der Nicht-Leben-Bereich zusammengefasst.

Kredit- und Anleiheversicherer vornehmlich in den USA, die die Kreditwürdigkeit von strukturierten Kreditprodukten garantieren.

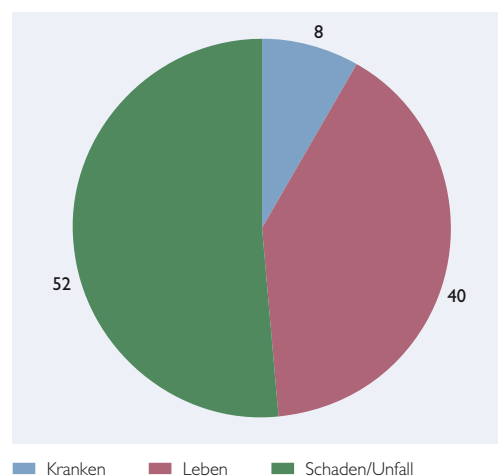
Der Versicherungssektor in Österreich wuchs im Jahr 2007 gemessen an der Bilanzsumme um knapp 7%. Die aggregierte Bilanzsumme belief sich im vierten Quartal 2007 auf 87 Mrd EUR und machte 32,4% des österreichischen BIP aus.

Grafik 23

Prämienvolumen der österreichischen Versicherungsunternehmen nach Sparten

Stand: viertes Quartal 2007

Anteil in %



Quelle: FMA.

Das Prämienvolumen österreichischer Versicherungsunternehmen betrug Ende 2007 17,9 Mrd EUR, wobei 7,2 Mrd EUR auf die Lebensversicherung, 9,2 Mrd EUR auf die Schaden- und Unfallversicherung und 1,5 Mrd EUR auf die Krankenversicherung entfielen.

Das Prämienvolumen stagnierte im Jahr 2007 (real⁴¹ -0,05%). Im Bereich der Lebensversicherung gab es einen Rückgang zu verzeichnen. In den ersten zwei Quartalen 2008 war hingegen im Sektor Leben, im Speziellen bei der indexgebundenen Lebensversicherung ein Zuwachs von Einmalprämien zu verzeichnen, während im Schaden- und Unfallbereich die Prämien real zurückgingen.

Die Combined Ratio gibt den Anteil der Aufwendungen des Versicherungsbetriebs und der -leistungen in Prozent der abgegrenzten vereinnahmten Prämien an. Diese Kennzahl informiert über die Profitabilität des versicherungstechnischen Geschäfts, das heißt, eine Zahl von über 100% entspricht einem Verlust im versicherungstechnischen Geschäft. In diesem Fall, kann mit einem Gewinn im nicht versicherungstechnischen Geschäft insbe-

⁴¹ Unter Einbeziehung der Inflationsrate.

sondere in der Kapitalanlage dieser Verlust verringert bzw. wettgemacht werden. Die Combined Ratio stieg im Jahr 2007 im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung leicht auf rund 110% an, was sich auf eine Erhöhung der Abschlusskosten zurückführen lässt. In einem Umfeld höherer Volatilität und ungünstiger Finanzmarktentwicklungen kann das Kapitalanlageergebnis naturgemäß einen geringeren Beitrag zur Profitabilität in der Schaden- und Unfallversicherung leisten.

Die Schaden-/Leistungsquote stellt die Versicherungsleistungen im Verhältnis zu den Prämien dar⁴² und misst über den Versicherungszyklus die Fähigkeit des Versicherers, Risiken nur zu einem adäquaten Preis zu übernehmen. Die Schadenquote in der Schaden- und Unfallversicherung fiel im Jahr 2007 leicht um 1 Prozentpunkt auf 67,7% des Prämienvolumens. In den ersten zwei Quartalen 2008 stiegen die Schadenzahlungen der Schaden- und Unfallversicherung jedoch stärker an als die Prämien.

Die Rentabilität der Kapitalanlagen⁴³ fiel im Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte auf knapp 5%. Es gilt zu berücksichtigen, dass das erste Halbjahr 2007 von einem günstigen makrofinanziellen Umfeld und ab Sommer von der US-Subprime-Krise gezeichnet war. Auch im Jahr 2008 war durch die anhaltend hohe Volatilität auf den Finanzmärkten für die ersten zwei Quartale ein deutlicher Rückgang im Kapitalanlageergebnis zu beobachten.

Die österreichischen Versicherungsunternehmen halten Vermögenswerte zur Deckung bzw. Bedeckung der Ansprüche von Versicherungsnehmern in der Höhe von 70,6 Mrd EUR.⁴⁴ Ende

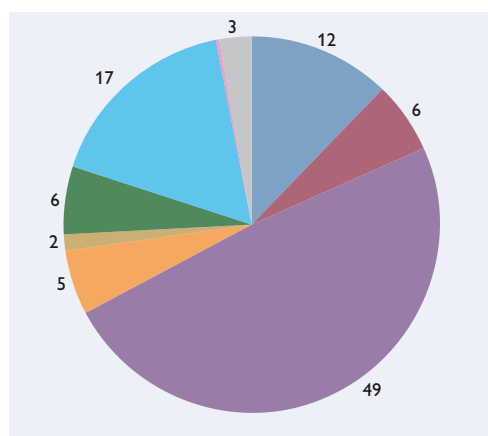
Juni 2008 wurden der Deckungsstock und die Bedeckungswerte österreichischer Versicherungsunternehmen zu knapp 12% in Aktien, zu 49% in Schuldverschreibungen und zu 17% in Kapitalanlagefonds veranlagt. Ein Großteil der Schuldverschreibungen sind Unternehmens- und Bankanleihen, die gegenüber Staatsanleihen über ein höheres Kredit- und Liquiditätsrisiko verfügen.

Grafik 24

Veranlagung des Deckungsstocks und der Bedeckungswerte

Stand: Ende Juni 2008

in %



- Aktien und aktienähnliche Wertpapiere
- Immobilienfonds
- Schuldverschreibungen
- Darlehen und Vorauszahlungen auf Polizzen
- Hedgefondsanteile
- Guthaben bei Kreditinstituten
- Kapitalanlagefonds (Renten)
- Derivative Finanzinstrumente
- Diverses

Quelle: FMA.

Veränderungen in der Veranlagungsstrategie aufgrund der Finanzmarkturbulenzen konnten in den beiden ersten Quartalen 2008 nur geringfügig beobachtet werden. Die Gewichtung der Aktien nahm zwar leicht ab und die der Schuldverschreibungen

⁴² Jeweils abzüglich des Rückversicherungsanteils.

⁴³ Nettoergebnis der Kapitalanlagen dividiert durch die durchschnittlichen Kapitalanlagen des jeweiligen Kalenderjahres.

⁴⁴ Ohne Berücksichtigung der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen.

ein wenig zu, dies kann jedoch überwiegend auf die relative Wertänderung der Portfolios zurückgeführt werden.

Die Eigenmittelausstattung gibt Auskunft über die Risikotragfähigkeit der Versicherungsunternehmen. Die Solvabilitätsquote, die die vorhandenen Eigenmittel mit dem Eigenmittelerfordernis ins Verhältnis setzt, zeigt, dass der österreichische Versicherungssektor über eine solide Kapitalisierung verfügt. Die Solvabilitätsquote ist seit dem Jahr 2003 deutlich gewachsen und ist für Unternehmen in der Schaden- und Unfallversicherung am höchsten. Das Eigenkapital der österreichischen Versicherungsunternehmen machte Ende 2007 etwa 7,5 Mrd EUR aus, gemessen an der Bilanzsumme ist der Anteil des Eigenkapitals im Jahr 2007 um einen Prozentpunkt auf 8,6% gewachsen.

Die Marktindikatoren zum europäischen wie zum österreichischen Versicherungssektor spiegeln eine erhöhte Unsicherheit wider, die sich zum einen auf die Finanzmarkturbulenzen und zum anderen auf eine erwartete schwächere Ertragsdynamik zurückführen lässt. Die Entwicklungen rund um einige US-amerikanische und europäische Finanzinstitute führten zu Kursverlusten, auch bei Versicherungsaktien. Die Performance fiel jedoch sehr unterschiedlich aus und kann unter anderem auf die Diversifikation und die Struktur der Geschäftserträge, auf den regionalen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit und die Höhe und Transparenz des strukturierten Kreditportfolios zurückgeführt werden. Die im Prime-Segment der Wiener Börse notierten Aktien von Versicherungsunternehmen verbuchten im Zeitraum von Mai 2008 bis Mitte November 2008 deutliche Kursverluste, konnten sich aber von ihren Tiefstständen im Oktober 2008 wieder erholen.

Veranlagungen bei Banken erneut gestiegen

Das Gesamtexposure der österreichischen Versicherungen gegenüber den inländischen Kreditinstituten stieg im zweiten Quartal 2008 im Jahresvergleich um 35% auf 14,9 Mrd EUR an, das sind 15,1% der gesamten Bilanzsumme des Versicherungssektors. Besonders stark stieg der Kassenbestand bei Kreditinstituten. Die täglich fälligen Gelder wie auch die längerfristigen Guthaben bei inländischen Kreditinstituten verdoppelten sich und beliefen sich auf 4,2 Mrd EUR, was unter anderem auf die Finanzmarktentwicklungen zurückgeführt werden kann. Der Großteil des restlichen Exposures entfiel auf *Rentenwertpapiere inländischer Kreditinstitute* in der Höhe von 9,0 Mrd EUR (+4,2%). Die Darlehen an inländische Kreditinstitute stiegen im Jahresvergleich um 30% auf knapp unter 0,7 Mrd EUR. Die bei den inländischen Kreditinstituten veranlagten Aktiva der Versicherungen stiegen demnach als Anteil an der konsolidierten Gesamtbilanzsumme der österreichischen Banken auf etwas mehr als 1,4%.

Sowohl für den europäischen als auch für den österreichischen Versicherungssektor können niedrigere Kapitalanlageergebnisse als Folge erhöhter Unsicherheit auf den Finanzmärkten die Profitabilität von Versicherungsunternehmen weiter belasten. Zudem kann ein ungünstiger Schadenverlauf sowie langfristig eine Unterschätzung des Langlebigkeitsrisikos die Risikotragfähigkeit von Versicherungen reduzieren. Eine verstärkt risikoadäquate Bepreisung von übernommenen Risiken hilft zwar, diese Risiken zu reduzieren, jedoch ist der Wettbewerb in einigen Versicherungssegmenten relativ hoch. Vor diesem Hintergrund und einer sich abschwächenden Realwirtschaft haben sich die Aussichten für die

europäischen und österreichischen Versicherungsunternehmen eingetrübt.

Abflüsse bei Investmentfonds hielten an

Die Entwicklung des europäischen Investmentfondsmarktes war durch die erhöhte Unsicherheit unter Anlegern und durch hohe Kursschwankungen auf den Finanzmärkten geprägt. Das verwaltete Vermögen europäischer Investmentfonds⁴⁵ fiel im ersten Halbjahr 2008 um 8,0% auf 7.280 Mrd EUR und im Jahresabstand um 11,6%. Im zweiten Quartal 2008 kam es bereits zum vierten Mal in Folge zu Nettomittelabflüssen. Selbst von Geldmarktfonds, bei denen der Kapitalerhalt im Vordergrund steht, wurden im zweiten Quartal 2008 Mittel abgezogen. Diese Entwicklung dürfte sich im dritten Quartal 2008 noch verschärft haben, da einige Geldmarktfonds durch die Insolvenz von Lehman Brothers Verluste verbuchten und dies das Vertrauen der Anleger schwächte. Einzig Mischfonds konnten geringe Zuflüsse erzielen. Vor dem Hintergrund gestiegener Risiken für die Finanzmarktstabilität in Europa und einer gesunkenen Risikoneigung von Anlegern ist der Ausblick für die europäische Investmentfondsbranche weiter unsicher.

Bedeutung heimischer Investitionen nimmt für österreichische Investmentfonds zu

Der österreichische Investmentfondsmarkt entwickelte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 insgesamt weiter schwach. Der Vermögensbestand österreichischer Investmentfonds (inklusive Fonds-in-Fonds-Veranlagungen) fiel im Jahresvergleich um 14,6% bzw. gegenüber Jahresbeginn um 10,1% auf 148,9 Mrd EUR. Die

rückläufigen Aktienkurse und der Preisverfall bei Rentenwertpapieren bedingt durch eine Neubewertung des Kreditrisikos und erhöhter Inflationsraten führten zu Kursverlusten, geringeren Ausschüttungen und zu Mittelabflüssen bei Investmentfonds. Von dieser Entwicklung konnten Bankeinlagen profitieren, die seit Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen im Sommer 2007 bei Anlegern wieder an Bedeutung gewonnen haben. Die Investmentfonds haben seit Juni 2007 Positionen im Ausland stärker (-17,1%) als in Österreich abgebaut (-9,8%), was als Indiz gesehen werden kann, dass Investoren in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit verstärkt Investitionen im Inland tätigen. Im Ausland wurden insbesondere Aktien und andere Beteiligungspapiere (-37%) reduziert. Der Anteil inländischer Aktien und Beteiligungspapiere am Vermögensbestand stieg im ersten Halbjahr 2008 sogar auf 2,4% leicht an. Die Positionen bei Immobilien und Sachanlagevermögen stiegen sowohl im Inland als auch im Ausland stark an (36% bzw. 43%), wenngleich ihr Anteil am Vermögensbestand zusammen nur rund 1,3% betrug. Die kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischer Investmentfonds betrug im ersten Halbjahr 2008 -5,3%. Die relativ schlechteste Wertentwicklung wiesen Aktienfonds mit -20,1%, und Mischfonds mit -5,8% auf. Auch Geldmarktfonds und Rentenfonds konnten keine positive Performance (knapp -0,4% bzw. -0,5%) erzielen. Einzig Immobilienfonds entwickelten sich positiv, was vor allem auf die geringe Bedeutung von börsengehandelten Vermögenswerten zurückgeführt werden kann.

⁴⁵ UCITS- (Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities) und Non-UCITS-Investmentfonds.

Die weitere Austrocknung der Kreditmärkte, die Schließung von Aktienbörsen vor allem in Russland und Abflüsse bei Immobilienfonds führten zumindest vorübergehend dazu, dass die Rücknahme von Anteilen ausgesetzt wurde. Laut FMA waren von den in Österreich zum Vertrieb zugelassenen rund 8.300 (in- und ausländischen) Investmentfonds Mitte November 2008 16 vorübergehend suspendiert, davon 6 von österreichischen Kapitalanlagegesellschaften.

Das von den Kapitalanlagegesellschaften direkt ausgehende Risiko für die österreichischen Banken ist gering und besteht hauptsächlich in einer schlechteren Ertragssituation. Die Geschäfts- und Gewinnentwicklung österreichischer Kapitalanlagegesellschaften, die großteils im Eigentum österreichischer Banken stehen, reflektierte im ersten Halbjahr 2008 das schwierige Umfeld für Investmentfonds. Als Folge des um 15,1% niedrigeren Provisionsergebnisses bedingt durch den gesunkenen Verkauf von Anteilen und niedrigeren Vermögenswerten sanken die Betriebserträge um 13,9% auf 179,6 Mio EUR. Gleichzeitig stiegen die Betriebsaufwendungen um 7% an und führten so zu einem um 30,6% niedrigeren Betriebsergebnis in der Höhe von 80,4 Mio EUR.

Performance der Pensionskassen unter dem Eindruck der Finanzmarkturbulenzen

Im zweiten Quartal 2008 waren in Österreich 6 überbetriebliche und 13 betriebliche Pensionskassen aktiv. Der aggregierte Vermögenstand der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRGs) sank im zweiten Quartal

2008 auf 12,6 Mrd EUR gegenüber 13 Mrd EUR im zweiten Quartal 2007. Die Veranlagung wurde größtenteils ausgelagert. Etwa 91,1% des Vermögens wurden in Form von Investmentzertifikaten gehalten. Der Anteil der Fremdwährungsveranlagungen lag bei 3,7% und fiel damit gegenüber dem zweiten Quartal 2007 (4,6%). Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erreichte Ende 2007 eine Höhe von 484.359 Personen, jene der Leistungsberechtigten betrug 58.471. Rund 84% der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten waren einem beitragsorientierten und rund 16% einem leistungsorientierten System zugeordnet.⁴⁶ Rund 27,4% der Deckungsrückstellung sind mit einer Mindestertragsgarantie ausgestattet, wovon wiederum 4,9 Prozentpunkte zusätzlich durch eine unbeschränkte Nachschusspflicht des Arbeitgebers teilweise abgesichert sind.⁴⁷ Bei 72,6% der Deckungsrückstellung gibt es keine Mindestertragsgarantie, wobei hier allerdings 21,6 Prozentpunkte durch eine Nachschusspflicht des Arbeitgebers teilweise abgesichert sind.

Die Vergütung zur Deckung der Betriebsaufwendungen (sie ist von den Anwartschafts- und Leistungsberechtigten zu leisten) machte rund 64,3 Mio EUR aus und war gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.⁴⁸ In Relation zum Veranlagungsergebnis der VRGs (231,9 Mio EUR) entspricht dies 27,7%, in Relation zu den Beiträgen (807,2 Mio EUR) 8% und in Relation zum Vermögen der VRGs (12,6 Mrd EUR) 0,5%. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit machte 30,7 Mio EUR und entspricht einer

⁴⁶ Quelle: Fachverband der Pensionskassen.

⁴⁷ Quelle: Aggregierte Bilanz der Pensionskassen (FMA).

⁴⁸ Quelle: Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung der Pensionskassen (FMA).

Eigenkapitalrentabilität vor Abzug von Steuern von 16,5%.⁴⁹

Die Portfoliostrukturierung der Pensionskassen hat sich im Zuge der seit August 2007 anhaltenden Finanzmarkturbulenzen geändert: Veranlagung in Euro-Anleihen (inklusive Cash und Darlehen) stiegen vom zweiten Quartal 2007 bis zum dritten Quartal 2008 von 55% auf 65,1%, jene in Aktien des Euroraums gingen von 25% auf 19%, jene außerhalb des Euroraums von 16,8% auf 12,6% zurück; die Anteile der Anleihen außerhalb des Euroraums (1,3%) und der Immobilien (2% nach 1,8%) wurden hingegen nicht wesentlich angepasst. Die Verän-

derungen der Portfoliostrukturierung können einerseits auf die relativen Kursentwicklungen und andererseits auf Veränderungen des Anlageverhaltens der Pensionskassen zurückgeführt werden. Im Zeitraum von Jänner bis September 2008 erwirtschafteten die Pensionskassen eine durchschnittliche Kapitalrendite⁵⁰ von -8,40% (nominell).⁵¹ In den mehr als zehn Jahren vom 31. Dezember 1997 (Beginn der OeKB-Berechnungen) bis zum dritten Quartal 2008 erzielten die überbetrieblichen Pensionskassen eine Kapitalrendite von nominell 3,38% p.a. und die betrieblichen eine von 4,21% p.a.⁵²

⁴⁹ Die Definition des Eigenkapitals entspricht dabei jener des Postens Passiva Pos. A Formblatt A der Anlage I zum Pensionskassengesetz. Zieht man vom Eigenkapital die Mindestertragsrücklage ab (letztere stammt ja nicht von den Aktionären, sondern von den Anwartschafts- und Leistungsberechtigten), so ergibt sich eine Eigenkapitalrendite von 22,3%. Zieht man vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit die Dotierung der Mindestertragsrücklage ab, da diese nur dann den Aktionären zufällt, wenn die Mindestertragsgarantie nicht schlagend wird, dann ergibt sich eine Eigenkapitalrendite von 13,7%.

⁵⁰ Performance-Daten der einzelnen Pensionskassen wurden in der Vergangenheit auf der Website des Fachverbands der Pensionskassen (www.pensionskassen.at) veröffentlicht, sind aber nun leider nicht mehr verfügbar.

⁵¹ Quelle: Oesterreichischen Kontrollbank. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in Österreich betrug von Jänner bis September 2008 etwa 2,2%.

⁵² Eine vergleichbare nicht von der Kapitalertragssteuer befreite Veranlagung hätte 4,5% bzw. 5,6% p.a. erwirtschaften müssen, um die Kapitalrenditen der überbetrieblichen bzw. betrieblichen Pensionskassen zu erreichen. Die Pensionisten mussten zwischen den Jahren 2000 und 2008 Pensionskürzungen zwischen 25% nominell (real 35%) (VRGs mit 6,5% Rechnungszins) und 15% nominell (real 25%) (VRGs mit 5% Rechnungszins) hinnehmen (Quelle: Vortrag Dr. Abesser beim Informationstag des Österreichischen Seniorenrates am 30. Juni 2008 sowie OeNB. 2008. Statistiken, Daten & Analysen Q4/08). Im Jahr 2009 planen die Pensionskassen Pensionskürzungen um durchschnittlich 12% nominell (Quelle: Fachverband der Pensionskassen).